

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Robert K. Furtak

Die Aktionskategorien
der sowjetischen
Außenpolitik im Lichte der
„Breschnew-Doktrin“

Peter Urban

Moderne Wissenschaftslehre
und marxistische
Kapitalismustheorie

B 39/70

26. September 1970

Robert K. Furtak, Dr. rer. pol., Akademischer Rat am Seminar für wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg, Studium der russischen Sprache, Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte.

Veröffentlichungen: Kuba und der Weltkommunismus, Köln-Opladen 1967; zahlreiche Beiträge zur Außenpolitik der sozialistischen Länder, u. a. in OSTEUROPA, AUSSENPOLITIK, im Jahrbuch des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik.

Peter Urban, Diplom-Volkswirt, geboren am 17. September 1941 in Martinsberg/Schlesien, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Köln, 1966 bis 1968 Stipendiat der Stiftung Volkswagenwerk, 1968/69 Verwalter einer planmäßigen Assistentenstelle an der Ruhruniversität Bochum, arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zum Thema: „Entwicklungsgesetze des Kapitalismus?“

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Aktionskategorien der sowjetischen Außenpolitik im Lichte der „Breschnew-Doktrin“

Vorbemerkung *

Zwei Kategorien von Grundsätzen bestimmen den Aktionsrahmen der sowjetischen Außenpolitik: diejenige der „friedlichen Koexistenz“, konzipiert für die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, und diejenige des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“: Regelsystem für die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und zwischen den von kommunistischen Parteien regierten Staaten.

Letzteres trägt der Tatsache Rechnung, daß anstelle der von Marx als simultan erwarteten proletarischen Revolution in den Industrieländern Westeuropas und in den USA eine Handvoll von Revolutionären die Macht zunächst in einem einzigen, zudem agrarischen Land an sich riß und sich einer feindlichen Umwelt gegenüber sah, gegen die es die errungene

Macht und die eingeleiteten revolutionären Umwälzungen zu verteidigen galt. Dies geschah zum einen durch die Aktivierung revolutionärer und nationaler Emotionen im an Entbehrungen gewöhnten russischen Volk, zum anderen durch die Gründung der III. Kommunistischen Internationale (Komintern) im Jahre 1919, deren Mitgliedern es im Artikel 15 der Aufnahmebedingungen zur Pflicht gemacht wurde, die Überlebenschancen des Sowjetsystems entweder durch revolutionäre oder zumindest durch propagandistische Aktionen zu verbessern. Dieser Schritt war eine ebenso notwendige Konsequenz der isolierten Machtergreifung durch eine kommunistische Partei in nur einem Land wie die von Lenin verfolgte Politik einer „friedlichen Koexistenz.“

I. „Proletarisch-sozialistischer Internationalismus“ und Nationalkommunismus

In seinen Thesen zum II. Komintern-Kongreß (1920) definierte Lenin die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien regelnden „proletarischen Internationalismus“ u. a. als ein Verhalten, das die Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes den Interessen des *internationalen proletarischen Kampfes* unterordnet¹⁾. Diese Definition, die jede kommunistische Partei, formal auch die russische, dazu verpflichtete, bei der nationalen proletarischen Revolution die Belange der Weltrevolution im Auge zu behalten, hat durch Stalins Konzept des „Sozialismus in einem

Land“ und durch die von ihm vorgenommene Identifizierung der Sowjetunion mit der „Basis der Weltrevolution“²⁾ eine neue Akzentuierung erfahren. Angesichts der Mißerfolge bzw. des andersartigen Verlaufs revolutionärer Bewegungen in Deutschland, Österreich, Italien, Ungarn bedeuteten Stalins Konzepte 1. den zumindest vorläufigen Verzicht der russischen

Peter Urban:

Moderne Wissenschaftslehre und
marxistische Kapitalismustheorie . . . S. 15

*) Russische Namen werden im Text in der „populären“ Umschrift wiedergegeben; in den Anmerkungen wird die „wissenschaftliche“ Transliteration verwendet.

¹⁾ V. I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij* [Vollständige Sammlung der Werke], 5. Aufl., Bd. 41, S. 166.

Kommunisten, die Revolution in anderen Ländern voranzutreiben, und statt dessen die Konzentration aller Anstrengungen auf die re-

²⁾ I. V. Stalin, *Sočinenija* [Werke], Moskau 1950, Bd. 7, S. 295.

volutionäre Transformation der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur in den Grenzen des ehemals zaristischen Territoriums, soweit es von den Bolschewiki beherrscht wurde; 2. die Entwertung des „proletarischen Internationalismus“ als Gleichheitsprinzip zugunsten der ideologischen Rechtfertigung einer sowjetischen Hegemonialstellung.

Ein zweiter Grundsatz des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ kann abgeleitet werden aus den Thesen des V. Komintern-Kongresses von 1925 „über die Taktik“, denen zufolge die revolutionären Erfahrungen der Bolschewiki für die Machtübernahme durch die kommunistischen Parteien in anderen Ländern und für die Transformation anderer Gesellschaften zwar nicht mechanisch nutzbar gemacht werden sollten, jedoch „soweit, wie sie internationale Bedeutung“ hatten³⁾. Das bedeutete insbesondere, daß die in der Komintern unter Anerkennung der 21 Aufnahmebedingungen zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien sich die Organisationsstruktur der KPdSU und deren Herrschaftstechniken im Sinne einer Bolschewisierung zu eigen machen sollten.

Gegen diesen zweiten „klassischen“ Grundsatz der internationalen kommunistischen Bewegung verstieß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPC), als sie 1968 unter Absage an die sowjetische, stalinistisch-monistische Konzeption der „sozialistischen Demokratie“ dem Sozialismus ein „menschliches Antlitz“ (A. Dubček) verleihen wollte. Wieweit sich die tschechoslowakischen Kommunisten durch ihr Reformprogramm der Pflicht einer kommunistischen Partei entzogen, nationale Interessen denjenigen der kommunistischen Weltbewegung unterzuordnen, ist indessen eine Frage der Interpretation. Sicherlich ging es ihnen durch eine Demokratisierung der eigenen Partei, durch die Zulassung freier Meinungsbildung und durch die Distanzierung von einer zentralistisch-dirigistischen Wirtschaftsverfassung in erster Linie darum, die Unterstützung der der Partei weitgehend entfremdeten Bevölkerung zu erlangen und ihre Herrschaft durch den freiwilligen Konsens der Tschechen und Slowaken zu festigen. Insoweit verfolgten sie nationale Belange. Ebenso unzweifelhaft ist es aber, daß durch die Neustrukturierung der Partei-Volk-Beziehung auf der Grundlage garantierter und effizienter staats-

bürgerlicher Freiheiten und durch die Weichenstellung für einen höheren Lebensstandard der Sozialismus als Herrschafts- und Lebensform auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus attraktiver gemacht werden sollte. Die positive Reaktion im Ausland bei den eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie anstrebenden Kräften war ein Zeichen dafür, wie sehr das tschechoslowakische Reformprogramm geeignet war, revolutionären Elan zu wecken und Sympathien für das sozialistische Entwicklungsmodell zu erzeugen.

Theoretische Grundlage der tschechoslowakischen Reformen war die Erkenntnis, daß es auch in einer sozialistischen Gesellschaft trotz Beseitigung der Klassendichotomie einen antagonistischen Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und den Methoden der politischen Führung geben könne⁴⁾. Ferner war ihnen auch der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bewußt geworden, insofern, als letztere ihren Repressivcharakter — konsequent marxistisch gedacht — nicht verloren hatten, da die Arbeiter keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erlangt hatten. Die um Dubček gescharten tschechoslowakischen Kommunisten haben es bei der Anerkennung der in der horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung sowie in den verschiedenen kulturellen Traditionen der Nationalitäten begründeten pluralistischen Struktur auch einer sozialistischen Gesellschaft nicht bewenden lassen, sondern konkrete Vorschläge und Maßnahmen zur Regulierung der existenten Widersprüche erarbeitet⁵⁾. „Das sozialistische System löst die Pluralität von Interessen der verschiedensten sozialen Gruppen nicht auf“, so formulierte es ein Mitglied der Regierungskommission für die „Ausarbeitung des neuen politischen Systems“, „sondern beeinflußt und reproduziert sie und trägt, unter veränderten Bedingungen, gleichzeitig zur Artikulation neuer Interessen bei.“ Erst unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen würde Poli-

³⁾ Jane Degras (ed.), *The Communist International 1919—1943*, London-New York-Toronto 1960, Bd. 2, S. 154.

⁴⁾ Vgl. G. M. Štraks, *Social'nøe edinstvo i protivorečija socialističeskogo obščestva* [Soziale Einheit und Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft], Moskau 1966, S. 103; Štraks begreift diesen Widerspruch zwar als Konflikt, aber nicht als antagonistisch — s. S. 100.

⁵⁾ Vgl. das Aktionsprogramm der KPC vom 5. April 1968, den Statutenentwurf der KPC vom 10. August 1968 und den Konzeptionsentwurf der weiteren Entwicklung des ökonomischen Lenkungssystems („77-Punkte-Programm“) von 1968, abgedr. in: K. P. Hensel et al., *Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei*, Stuttgart 1968, S. 337 bis 379.

tik zu einem Schnittpunkt werden, „in dem nicht nur die Suche nach einer wissenschaftlich-rationalen, sondern auch einer politisch annehmbaren Lösung sichtbar wird“⁶⁾.

In die politische Praxis umgesetzt, bedeutete dies die Einbeziehung autonom organisierter und handelnder Interessengruppen in den politischen Willensbildungsprozeß auf der Grundlage ungehinderten Meinungswettbewerbs. In Anlehnung an das von der Kommunistischen Partei Italiens unter Rückbesinnung auf ihren Gründer Antonio Gramsci entwickelte Modell eines sozialistischen Systems⁷⁾ erachteten es die tschechoslowakischen Reformer konsequenterweise für notwendig, nicht nur die Bildung von Fraktionen, sondern auch oppositionelle Parteien zuzulassen. In einem solchen System könnte die kommunistische Partei ihre Herrschaft nicht durch die von ihr behauptete Einsicht in eine historisch determinierte Entwicklung der Gesellschaft usurpieren und durch die Verkörperung eines ideologisch fixierten einheitlichen Volkswillens legitimieren, sondern müßte durch Leistung die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen versuchen⁸⁾.

Mit diesem Konzept desavouierten die tschechoslowakischen Reformer in entscheidenden Aspekten nicht nur das von pseudoparlamentarischen Organisationsformen überlagerte

monokratische Sowjetsystem, sondern gingen mit ihren Vorstellungen über die Aktivierung, Legitimierung und Legalisierung pluralistischer Interessen weit über das hinaus, was innerhalb der KPs Polens und Jugoslawiens je diskutiert worden war: die uneingeschränkte Artikulierung von Forderungen nach einer bestimmten Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik auf der Grundlage eines prinzipiellen Konsensus über die Unantastbarkeit der sozialistischen Charakteristika des Systems und die Kristallisierung solcher Interessen in Gestalt legaler Fraktionen innerhalb der herrschenden kommunistischen Partei als Funktionsäquivalent zum Mehrparteiensystem⁹⁾.

Das wohl entscheidendste Kriterium der tschechoslowakischen Häresie, die Bereitschaft, die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei in Frage zu stellen, wirft die Frage auf, ob die tschechoslowakischen Reformer noch innerhalb der Grenzen des von der KPdSU entworfenen Konzepts der „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ handelten, das — ein Ingredienz des Konzepts des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ — den nationalen kommunistischen Parteien sowohl in der Phase der Machtübernahme als auch in derjenigen der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft im Rahmen gewisser Gesetzmäßigkeiten freien Spielraum zu lassen versprach.

II. Sowjetmodell und „eigener Weg zum Sozialismus“

Weder Marx und Engels noch Lenin haben die Ansicht vertreten, daß die vom Proletariat bzw. von seiner Vorhut, der kommunistischen Partei, vorzunehmende Transformation der Gesellschaft in allen Ländern und zu allen Zeiten gleichartig sein müsse, vielmehr waren sie sich bewußt, daß diese in Anbetracht der spezifischen politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Traditionen eines jeden Landes Besonderheiten und damit Unter-

schiede in Gestalt und Tempo aufweisen würde¹⁰⁾.

Unmißverständlich hat sich im Herbst 1916 Lenin hierzu wie folgt geäußert: „Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber sie alle werden dahin nicht auf dem ganz gleichen Wege gelangen, jedes wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltungen der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens seine Eigenart verleihen.“¹¹⁾ Zwar meinte Lenin, daß „mit der Verwirklichung der Sowjetmacht die *internationale, weltweite Form der Diktatur des Proletariats* herausgefunden“ worden

⁶⁾ V. Klokočka, Demokratischer Sozialismus. Ein authentisches Modell, Hamburg 1968, S. 41 f.

⁷⁾ Vgl. Lucio Lombardo Radice, Il pluralismo nella concezione marxista, in: Rinascita (Rom), 8. Mai 1965; ferner den Artikel: Problemi dell'unità del movimento operaio e socialista italiano, in: Rinascita, 12. Juni 1965.

⁸⁾ Aktionsprogramm der KPC, a. a. O.; Klokočka, a. a. O., S. 53 passim.

⁹⁾ Vgl. J. J. Wjatr, A. Prcworski, Control Without Opposition, in: Government and Opposition 1 (1965/66), S. 227—239, und die Statuten des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens vom März 1969.

¹⁰⁾ Vgl. u. a. F. Engels, Grundsätze des Kommunismus (1847), in: K. Marx, F. Engels, Werke, Berlin 1959, Bd. 4, S. 374; K. Marx, Rede in Amsterdam (8. September 1872), in: K. Marx, F. Engels, Werke, Berlin 1962, Bd. 18, S. 160.

¹¹⁾ Lenin, a. a. O., Bd. 30 S. 123.

sei¹²⁾, er lehnte es jedoch ab, die russische Revolution und die bolschewistischen Maßnahmen zur Umgestaltung Rußlands zu einem von anderen kommunistischen Parteien zu befolgenden Ideal zu erheben — insbesondere nicht für Länder mit einer „höheren Kulturstufe, mit größerem Gewicht und Einfluß des Proletariats“. Solche Länder, bekannte Lenin, hätten „alle Aussichten, Rußland zu überholen, sobald sie den Weg der Diktatur des Proletariats einschlagen“¹³⁾.

Mit der Machtübernahme durch die Kommunisten in der Tschechoslowakei war gerade ein solcher Fall eingetreten. Im Unterschied zu Rußland im Jahre 1917 war die Tschechoslowakei 1948 — vom slowakischen Landesteil abgesehen — hochindustrialisiert, hatte eine 20jährige demokratische Tradition (1918—1938), während der sich alle politischen Kräfte entfalten konnten, und eine kommunistische Partei, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1946 fast 37 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die Frage der Nachahmung des sowjetischen Weges zum Sozialismus bzw. die der Abweichung von ihm durch die Anwendung verschiedener Formen und Methoden war besonders brisant geworden, als nach 1945 in den Ländern Osteuropas kommunistische Parteien an die Macht kamen, zum Teil mit direkter Unterstützung der Sowjets, zum Teil, wie in Jugoslawien, aus eigener Kraft. In einem im Dezember 1945 erschienenen Grundsatzartikel plädierte Anton Ackermann, der damalige Chefideologe der Kommunistischen Partei Deutschlands, unter Berufung auf Lenin für einen „besonderen Weg Deutschlands zum Sozialismus“¹⁴⁾. Bereits im Verlauf des Jahres 1946 sollen sich auch die kommunistischen Parteien anderer Länder diese These von verschiedenen Wegen zum Sozialismus zu eigen gemacht und die KPdSU hierzu ihr Plazet gegeben haben¹⁵⁾.

Ideologisch erleichtert wurde ihnen diese Position durch das bereits auf dem VII. Kongreß der Komintern vom Sommer 1935 aus der Taufe gehobene Konzept einer „Volksfront“ bzw. die während des Krieges in einigen Ländern Osteuropas zu Bedeutung gelangte Politik der „Nationalen Front“. Damit konzidierte die KPdSU den kommunistischen Parteien insofern eine Abweichung vom bolschewistischen Leit-

bild der Machtergreifung, als sie angewiesen wurden, im Bündnis mit sozialdemokratischen und linksliberalen politischen Gruppierungen in ihren Ländern auf legalem Wege die Macht anzustreben. (Eine zusätzliche Chance der Verselbständigung gegenüber der KPdSU bot sich den kommunistischen Parteien durch die 1943 mit Rücksicht auf die Alliierten der Sowjetunion erfolgte Auflösung der Komintern.) In der Tat kamen in den Ländern Ost- und Südosteuropas die Kommunisten, gestützt auf national und liberal orientierte Parteien, zur Macht — mit einer Ausnahme: Jugoslawien.

Während in den Volksdemokratien, deren politische Struktur sich durch ein von einer kommunistischen Partei dominiertes System mehrerer gleichgeschalteter Parteien auszeichnet, eine allzu eigenständige, nationalistisch gefärbte Politik durch die Anwesenheit sowjetischer Truppen und die dadurch ständig gegebene Interventionsdrohung in Grenzen gehalten wurde, gelang es Jugoslawien 1948, sich gegenüber der Sowjetunion zu emanzipieren und konsequent einen nationalen Weg des Sozialismus zu beschreiten. Jugoslawien wurde aus dem ein Jahr zuvor gegründeten Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) ausgeschlossen, die Volksdemokratien unter sowjetischer Hegemonie zum „antiimperialistischen und demokratischen Lager“, dem Vorläufer des „sozialistischen Lagers“, zusammengeschlossen. Jugoslawien war zum Testfall der Realisierbarkeit eines nationalen Weges zum Sozialismus geworden; die Grundsätze des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ sollten daraufhin getestet werden, inwieweit sie flexibel genug waren, um eine Abweichung vom sowjetischen Vorbild zuzulassen und die Weigerung, die nationalen Interessen den von der KPdSU definierten Interessen des internationalen Kommunismus unterzuordnen, zu verarbeiten.

Zwei Jahre nach Stalins Tod fanden sich dessen Nachfolger Chruschtschow und Bulganin bereit, in der Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955 den spezifischen Entwicklungsweg Jugoslawiens zum Sozialismus anzuerkennen. Tito und die jugoslawische KP erreichten aber noch mehr: die Versicherung der Sowjets, die Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“, die später von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 zur Generallinie der sowjetischen Außenpolitik erhoben wurden, uneingeschränkt auch den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zugrunde zu legen.

¹²⁾ Lenin, a. a. O., Bd. 38, S. 130.

¹³⁾ Lenin, a. a. O., Bd. 38, S. 307.

¹⁴⁾ Nach W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 421.

¹⁵⁾ Leonhard, a. a. O., S. 443.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn im Sommer und Herbst 1956 veranlaßten offenbar die KPdSU, die aufgrund des ebenfalls auf ihrem XX. Parteitag formulierten Konzepts der „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ denkbaren Varianten einzugrenzen. Sie berief im November 1957 die regierenden kommunistischen Parteien zu einer Konferenz nach Moskau ein. Dort wurde eine Deklaration verfaßt, in der u. a. „allgemeine Gesetzmäßigkeiten“ der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus fixiert und für die kommunistischen Parteien aller Länder für verbindlich erklärt wurden ¹⁶⁾:

1. Das Führungsmonopol der Partei bei der Durchführung der Revolution und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats;
2. das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauern und anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung;
3. die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel;
4. die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft;
5. der planwirtschaftliche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus;
6. die ideologische und kulturelle Revolution;
7. die Schaffung einer dem Sozialismus ergebenen Intelligenz;
8. die Gleichberechtigung und brüderliche Freundschaft zwischen den Völkern;
9. der Schutz der sozialistischen Errungenschaften vor inneren und äußeren Feinden;
10. der proletarische Internationalismus.

Diese „zehn Gebote“ lassen zwar die Frage nach den Methoden der Machtergreifung offen, legen die einzelnen kommunistischen Parteien auch nicht auf bestimmte Formen und ein bestimmtes Tempo der sozialistischen Umgestaltungen fest, andererseits ließ die damals auch von Mao Tse-tung befürwortete Anerkennung der „führenden Rolle der KPdSU . . . in der Gemeinschaft der kommunistischen und der Arbeiterparteien“ und „der führenden Rolle der Sowjetunion an der Spitze der Staaten des sozialistischen Lagers“ keinen Zweifel an der Verbindlichkeit des sowjetischen Modells. Die Verurteilung des Revisionismus in dem genannten Dokument war ein deutlicher Hinweis

¹⁶⁾ Pravda, 22. November 1957.

darauf, daß die Eigenarten des jugoslawischen Sozialismus — die Arbeiterselbstverwaltung, die Ansätze zur Anerkennung der pluralistischen Interessen in der jugoslawischen Gesellschaft und der sich abzeichnende Wille der kommunistischen Partei zu einer Lockerung ihrer Herrschaftsmethoden — nach Ansicht der zwölf kommunistischen Parteien den vorgezeichneten Rahmen sprengten. Wie eng der nationale Handlungsspielraum bemessen war, zeigt folgender Passus der Deklaration:

„Die Ignorierung der nationalen Besonderheiten durch die proletarische Partei führt unweigerlich zu ihrer Loslösung vom Leben und von den Massen, fügt unweigerlich der Sache des Sozialismus Schaden zu; umgekehrt schadet der Sache des Sozialismus aber auch die Überbetonung der Rolle dieser Besonderheiten und die Abweichung von der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau unter dem Vorwand nationaler Besonderheiten.“ ¹⁷⁾

Ein halbes Jahr darauf, auf ihrem VII. Parteitag, konstatierten die jugoslawischen Kommunisten mit der Feststellung, daß „die Wege und Formen der sozialistischen Entwicklung irgendeines Landes als die einzig richtigen zu bezeichnen, nichts anderes ist als ein Dogma, durch welches der Prozeß der sozialistischen Umwandlung in der Welt gehemmt wird“ ¹⁸⁾.

Die offensichtlich unter dem Einfluß der Ereignisse in Ungarn und Polen erfolgte restriktive Interpretation der im Zuge der Entstalinisierung-Euphorie Chruschtschows und dessen Bemühungen um eine Annäherung an Jugoslawien entstandenen Lehre von den „verschiedenen Wegen“ markiert seitdem die Grenzen des von den nationalen kommunistischen Parteien zu steuernden Kurses zum Sozialismus. Die Erklärung vom November 1957 zeigt, wie sehr das sowjetische Einverständnis zur Verfolgung eines eigenen Weges zum Sozialismus a priori an die Verhaltensregeln des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ geknüpft wurde. Der „Proletarische Internationalismus“ figuriert unter den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, die „allen Ländern, die den Weg des Sozialismus einschlagen, eigen sind“ ¹⁹⁾.

Die vage formulierten „Gesetzmäßigkeiten“ lassen der Interpretation allerdings viel Raum.

¹⁷⁾ Ebenda.

¹⁸⁾ Nach der deutschen Ausgabe des Programms des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Belgrad 1958, S. 83.

¹⁹⁾ Pravda, 22. November 1957.

Solche Abweichungen vom sowjetischen Vorbild wie die vorwiegend noch auf privater Basis organisierte Landwirtschaft in Polen oder die partielle Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen in das ungarische Wirtschaftssystem, die Lockerung der Fesseln auf dem Gebiet der Kunst und die freie Marxismus-Diskussion in den letzten Jahren der Präsidentschaft Novotnýs in der ČSSR bewegten sich offenbar noch innerhalb der zugestandenen Toleranzen. Diese Besonderheiten schienen auch nicht den sowjetischen Plänen einer zunehmenden Integration der osteuropäischen Staaten, unter Chruschtschow vor allem mittels des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, unter seinen Nachfolgern überwiegend mit Hilfe der Warschauer-Pakt-Organisation, im Wege zu stehen. Eine andere Einschätzung erfuhren indessen die in der Tschechoslowakei

1968 initiierten Reformen: die Duldung freier Meinungsäußerung und die Wiedereinführung der Pressefreiheit mit der damit verbundenen offenen Kritik an der Sowjetunion, die Wiederbesinnung auf die demokratischen Traditionen der ersten tschechoslowakischen Republik unter Masaryk und Beneš, die Duldung politischer Agitation durch Kräfte außerhalb der kommunistischen Partei und der von ihr gelenkten Nationalen Front, die sich abzeichnende Verselbständigung der gesellschaftlichen Organisationen gegenüber der kommunistischen Partei, die Stärkung des Parlaments, der Abbau des Sicherheitsapparates, die von Ota Šik vorangetriebene Wirtschaftsreform (Dezentralisierung, betriebliche Mitbestimmung, Preisregulierung durch den Markt) und vor allem die erklärte Bereitschaft der kommunistischen Partei, sich dem politischen Wettbewerb zu stellen.

III. Die tschechoslowakische Häresie

Diese Entwicklung wurde von S. Kowaljow als „stille Konterrevolution“ gebrandmarkt, in deren Verlauf die herrschende kommunistische Partei von innen heraus zersetzt und als führende gesellschaftliche Kraft diskreditiert würde²⁰). Seine Einschätzung spiegelt das völlige Unverständnis für die Bemühungen der KPČ, sich gerade in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften zu regenerieren und ihre Machtposition durch das freie Votum der Bürger und durch deren freiwillige Unterstützung zu festigen. Die Gefahr einer Restauration des Privatkapitalismus, wie sie die KPdSU heraufziehen sah, bestand sicherlich nicht. Die KPČ war, zweifellos zu Recht, der Überzeugung, daß die Charakteristika der sozialistischen Produktionsverhältnisse tief im Bewußtsein der Bevölkerung Wurzel gefaßt hatten und daß die Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten und die legale Konfrontation einer Vielfalt von Interessen die politische Integration der Bevölkerung und ihre Partizipation am politischen Prozeß unter Führung der kommunistischen Partei und auf der Basis des Sozialismus verstärken würden. Wenn auch die KPdSU antisozialistische Kräfte innerhalb und außerhalb der Tschechoslowakei beschuldigte, auf die Untergrabung des Herrschaftsmonopols der kommunistischen Partei hingearbeitet zu haben, so liegt es doch nahe, daß sie in erster

Linie die Männer um Dubček meinte, die Reformen vornahmen oder planten, die auf eine so starke Abweichung von der sowjetischen Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft hinausliefen, daß sie sowjetischerseits nur als konterrevolutionär interpretiert werden konnten. Verstärkt wurde diese sowjetische Perzeption der tschechoslowakischen Ereignisse durch die vor allem in der Presse zum Durchbruch gekommene sowjetkritische, ja antisowjetische Haltung der Bevölkerung. Das aber war nur die eine Seite der Medaille.

Die tschechoslowakische „Konterrevolution“ hatte ein zweites Gesicht: Sie war eine Gefahr für die Einheit und Festigkeit der „sozialistischen Gemeinschaft“, soweit diese sich noch unter sowjetischer Hegemonialgewalt befand. Die ersten Schritte der Tschechoslowakei zur Emanzipation vom sowjetischen „Vorbild“ fanden die ungeteilte Zustimmung solcher bedeutender kommunistischer Parteien wie z. B. der jugoslawischen, italienischen und rumänischen. Einzelne Aspekte der tschechoslowakischen Reformen stießen auch bei den kommunistischen Parteien Polens und Ungarns auf Sympathien oder zumindest nicht auf strikte Ablehnung. Damit aber erhielten alle zentrifugalen Kräfte im Weltkommunismus einen neuen Impetus, um sich der sowjetischen Hegemonie (im Rahmen des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bzw. der sowjetischen Bevormundung (im Rahmen der inter-

²⁰) Pravda, 11. September 1968.

nationalen kommunistischen Bewegung) zu entziehen.

Die tschechoslowakischen Reformen hatten „gemeinsame Lebensinteressen“ der übrigen sozialistischen Länder berührt, wurde im „Warschauer Brief“ vom 15. Juli 1968 festgestellt²¹⁾, der von den Regierungen und den kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens unterzeichnet worden war. In der Tat hätte die vor dem Hintergrund eines in sich zerstrittenen, als globale „Völkergemeinschaft“ nicht mehr existenten „sozialistischen Lagers“ von den Reformen in der Tschechoslowakei ausgehende Ausstrahlungskraft weit mehr die Kohärenz der osteuropäischen Staatenvereinigung beeinträchtigen können, als es der von der ungarischen Regierung im Herbst 1956 erklärte Austritt aus dem Warschauer Pakt vermocht hatte.

Die tschechoslowakische Parteiführung hatte also unter mehreren Gesichtspunkten die unsichtbare Grenze überschritten, jenseits deren die Aktionskategorien der den sowjetischen Führungsanspruch akzeptierenden kommunistischen Parteien — der „proletarisch-sozialistische Internationalismus“ und der „eigene Weg“ — sich gegenseitig ausschließen. Die Besonderheiten des tschechoslowakischen Wegs beinhalten nach dem Urteil der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Partner eine „Unterminierung der führenden Rolle der kommunistischen Partei“, was als Gefahr für die innere Sicherheit dieser Länder ausgelegt wurde²²⁾. Sie hielten deshalb eine Intervention für einen aus den Grundsätzen des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ sich ergebenden Akt „brüderlicher Hilfe“, vor deren Implikatio-

nen die Tschechoslowakei bei den Grundsätzen der „friedlichen Koexistenz“ keine Zuflucht suchen konnte. Denn wie schon in der Deklaration von 1957 ausgeführt wurde, „erschöpfen diese Grundsätze nicht das ganze Wesen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. Ein unabdingbarer Bestandteil ihrer gegenseitigen Beziehungen ist die gegenseitige brüderliche Hilfe, in der das Prinzip des sozialistischen Internationalismus seinen wirksamen Ausdruck findet“²³⁾.

Den tschechoslowakischen Kommunisten ist es nicht gelungen, zwischen der Skylla des nur durch die Beachtung der Grundsätze der „friedlichen Koexistenz“ gesicherten Konzepts der „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ und der Charybdis des die Grundsätze der „friedlichen Koexistenz“ weitgehend ausschließenden „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ sich hindurchzumanövrieren. Offenbar haben sie, zwar im Bewußtsein des Risikos, aber von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugt, das Konzept der „verschiedenen Wege“ weiter und den „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ enger ausgelegt, als es ihre Kontrahenten zu tun bereit waren. Vielleicht glaubten sie sich auch durch das — wenn auch eingeschränkte — Bekenntnis der Sowjetunion zu den Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ geschützt, deren Beachtung 1955 dem sozialistischen Jugoslawien garantiert worden war. In beiden Aspekten sahen sie sich getäuscht, als die Sowjetunion, die DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien am 21. August 1968 militärisch intervenierten. In der Dreieckskonstellation „eigener Weg“, „friedliche Koexistenz“ und „proletarisch-sozialistischer Internationalismus“ hatte sich das Gewicht einseitig auf die dritte Kategorie verlagert.

IV. Die „Breschnew-Doktrin“²⁴⁾

Diese neue Konstellation fand einen Monat nach der Intervention ihre ideologische Verankerung in einem ebenfalls von S. Kowaljow verfaßten und im sowjetischen Parteiorgan unter der Überschrift „Souveränität und internationale Pflichten der sozialistischen Länder“

veröffentlichten Grundsatzartikel²⁵⁾. Kowaljows Ausführungen, die am 12. November 1968 auf dem V. Parteitag der polnischen kommunistischen Partei vom Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, aufgegriffen wurden und offensichtlich deshalb als „Breschnew-Doktrin“ ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gelangt sind, lassen sich zu folgenden Thesen verdichten:

²¹⁾ Pravda, 18. Juli 1968.

²²⁾ Ebenda.

²³⁾ Pravda, 22. November 1957.

²⁴⁾ Vgl. hierzu die mit einer ausführlichen Dokumentation versehene erste Analyse von Boris Meissner, Die „Breshnew-Doktrin“, Köln 1969.

²⁵⁾ Pravda, 26. September 1968.

1. Die sozialistischen Staaten sind nur beschränkt souverän: Sie dürfen die Rechte eines souveränen Staates untereinander nur insoweit in Anspruch nehmen, als sie damit nicht gegen die den nationalen Interessen übergeordneten Interessen der „sozialistischen Gemeinschaft“ und der weltweiten Revolutionsbewegung verstoßen.

2. Die sozialistischen Staaten haben ein nur beschränktes Selbstbestimmungsrecht: Es kann nicht die Loslösung von der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ und die Entscheidung für eine blockungebundene Position zum Inhalt haben, da ein solcher Schritt den Grundinteressen dieses Staates selbst und den Interessen der anderen sozialistischen Länder abträglich sein würde.

3. Auch das Völkerrecht ist den Gesetzen des Klassenkampfes unterworfen. Es kann keine Geltung beanspruchen, wenn grenzüberschreitende Aktionen sozialistischer Staaten, wie im Fall der Tschechoslowakei die militärische Intervention, der Niederwerfung des Klassenfeindes dienen.

4. Die Verteidigung des Weltsozialismus als einer Errungenschaft der Werktätigen aller

Länder ist „gemeinsame Sache aller Kommunisten, aller fortschrittlichen Menschen der Erde und in erster Linie der Werktätigen der sozialistischen Länder“.

5. Jede kommunistische Partei ist für ihre Handlungen (auch) vor allen sozialistischen Ländern und vor der kommunistischen Weltbewegung verantwortlich ^{25a)}.

Diese Thesen lassen erkennen, daß die restriktiven Grundsätze des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ eindeutig die Oberhand gewonnen haben über das Recht der kommunistischen Parteien auf einen „nationalen Weg zum Sozialismus“. Die „Breschnew-Doktrin“ deckt sich mit der Interpretation des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ zur Zeit Stalins und mit den Aktionsprinzipien der Komintern ²⁶⁾. Eine Bestätigung hierfür findet sich in einem Beitrag des Parteiideologen A. Sowjetow (Sowjetov) in der Zeitschrift „International Affairs“, wo er schreibt, daß die „Solidarität mit der Sowjetunion und deren Unterstützung in der internationalen Arena *in der heutigen Situation wie auch schon früher* eine grundlegende Komponente des proletarischen Internationalismus ist . . .“ ²⁷⁾.

V. „Proletarisch-sozialistischer Internationalismus“ und „friedliche Koexistenz“

Das sowjetische Weltbild im Lichte der „Breschnew-Doktrin“

In der Erklärung der 75 kommunistischen Parteien, die im Juni 1969 in Moskau zu einer Konferenz zusammengekommen waren, sowie in einer Reihe von Artikeln, die sowjetischerseits im Zusammenhang mit dieser Beratung und im Hinblick auf den 100. Geburtstag Lenins (22. April 1970) veröffentlicht worden sind, wurde das neu-alte Konzept des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ ver-

feinert und eingehend kommentiert ²⁸⁾. Aus diesen sowie den obengenannten Ausführungen Breschnews und Kowaljows lassen sich insbesondere folgende Aktionsmaximen und Interpretationen ableiten:

1. Die Souveränität eines sozialistischen Staates hat Klassencharakter: Sie besteht in dem Recht des werktätigen Volkes, unter der Führung einer kommunistischen Partei eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung aufzurichten. Diese Souveränität kann durch Interventionsakte eines anderen sozialistischen Landes nicht verletzt werden, da diese ebenfalls Klassencharakter besitzen.

^{25 a)} Ähnlich in der Deklaration der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom Dezember 1960, in: Pravda, 6. Dezember 1960.

²⁶⁾ Näheres bei William Korey, The Comintern and the Genealogy of the ‚Brezhnev Doctrine‘, in: Problems of Communism, Nr. 3, 1969, S. 52—58.

²⁷⁾ The Present Stage in the Struggle Between Socialism and Imperialism, in: International Affairs, (Moskau) 1968, Nr. 11, S. 9 (Hervorhebungen v. Verf.

²⁸⁾ Pravda, 18. Juni 1969; V. Semyonov [Semjonov], in: International Affairs, (Moskau) 1969, Nr. 4, S. 3—8; verschiedene Autoren, in: International Affairs, (Moskau) 1969, Nr. 9 und 10; P. Alampiev, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija [Weltwirtschaft und internationale Beziehungen], (Moskau) 1970, Nr. 1, S. 3—12; S. Lukonin, in: Pravda, 7. März 1970.

Der auf einen derartigen Begriff gebrachten Souveränität liegt die Vorstellung der durch die „Einsicht in die Notwendigkeit“ determinierten Freiheit des Handelns zugrunde. Da diese Einsicht das *raison d'être* der kommunistischen Parteien ist, werden diese und die von ihnen gelenkten sozialistischen Staaten als souverän begriffen. Diese Souveränität erstreckt sich damit nicht auf Aktivitäten — sei es einer kommunistischen Partei selbst oder anderer gesellschaftlicher Kräfte —, die die in der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei geprägte Ordnung zu ändern geeignet wären, wie die Ereignisse in der Tschechoslowakei gezeigt haben. Für sozialistische Staaten gilt ein „sozialistisches Selbstbestimmungsrecht“. Sobald das Recht auf Selbstbestimmung und der Sozialismus alternativ zur Wahl stehen, kommt dem letzteren absolute Priorität zu²⁹⁾. Das Verhältnis zwischen der Einheit der „sozialistischen Gemeinschaft“ und der Option für eine die nationalen Besonderheiten berücksichtigende Form des Sozialismus wird als dialektisch konzipiert; das (begrenzte) Recht auf den eigenen Weg wird untrennbar mit der Pflicht gekoppelt, die Gemeinsamkeiten der sozialistischen Ordnung der von kommunistischen Parteien regierten Länder im Auge zu behalten. Die Souveränität gilt als gefährdet, wenn die Aufrechterhaltung einer den Sowjets genehmen sozialistischen Ordnung auf dem Spiel steht.

2. Die Grundsätze der „friedlichen Koexistenz“: Gleichberechtigung, Respektierung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, besitzen für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, insbesondere im Verhältnis zur Sowjetunion, eine nur bedingte Geltung.

Ähnlich wie schon in der Deklaration von 1957 wurden in der Erklärung von Bratislava (Tschechoslowakei) vom 3. August 1968 die Grundsätze der „friedlichen Koexistenz“ durch die „gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Länder, diese [sozialistischen, d. Verf.] Errungenschaften . . . zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen“, stark relativiert³⁰⁾. Zudem darf nicht übersehen werden, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen regulierende Koexistenzkonzeption in Anwendung auf sozialistische Staaten allein schon des-

halb in ihrer Geltungskraft stark eingeschränkt ist, weil die Beziehungen zwischen diesen Staaten durch die — auf der Grundlage eines *de-facto*-Über-Unterordnungs-Verhältnisses konstituierten — Beziehungen zwischen der KPdSU und den übrigen kommunistischen Parteien überwölbt werden. Auf letztere, Basis und Movers der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, finden die Grundsätze der „friedlichen Koexistenz“ aber keine Anwendung³¹⁾. Zwar haben sich die Sowjets nach einhalbjährigem Drängen gegenüber Jugoslawien erneut zu den in der Belgrader Deklaration von 1955 verankerten Koexistenzprinzipien bekannt; wie sehr es sich dabei aber um ein Lippenbekenntnis handelt, zeigt sich allein schon darin, daß sich die Führer der KPdSU offensichtlich nicht dazu bereit gefunden haben, auch die Anerkennung des jugoslawischen Wegs zum Sozialismus zu erneuern³²⁾. Und der im Juli 1970 geschlossene sowjetisch-rumänische Freundschaftsvertrag bindet das Bekenntnis zur Achtung der Souveränität ausdrücklich an die Prinzipien des „sozialistischen Internationalismus“, wodurch dieses eine weitgehende Relativierung erfahren hat.

3. Wenn eine kommunistische Partei beim Aufbau des Sozialismus vom sowjetischen Modell abweicht oder abzuweichen droht, sind die „Bruderländer“ in Erfüllung der Grundsätze des Internationalismus zur militärischen Intervention verpflichtet. Das Recht und die Pflicht zur Intervention zwecks Abwendung einer solchen Entwicklung ist im sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspakt vom 6. Mai 1970 zum erstenmal vertraglich verankert und damit zu einer Norm des „sozialistischen Völkerrechts“ erhoben worden; allerdings ist ihre Allgemeingültigkeit formal insofern beschränkt, als sie in den sowjetisch-rumänischen Vertrag keinen Eingang gefunden hat.

Das usurpierte Recht zur „brüderlichen Hilfeleistung“ bedeutet eine permanente Interventionsdrohung gegenüber Jugoslawien und China. Formal könnte die KPdSU diesen Ländern die sozialistische Qualität absprechen; praktisch ist dies aber kaum zu erwarten, da die Interventionsdrohung als ein Instrument dienen kann, um Renegaten auf den „rechten

³¹⁾ So bereits I. Pomelov, in: *Kommunist*, (Moskau) 1957, Nr. 1, S. 16 *passim*.

³²⁾ Vgl. das Kommuniqué anlässlich des Besuchs des Vorsitzenden des Bundesexekutivrats Jugoslawiens in Moskau, *Pravda*, 1. Juli 1970; s. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Juli 1970.

²⁹⁾ Diese Maxime vertrat schon Lenin bei der Errichtung der UdSSR — a. a. O., Bd. 27, S. 27.

³⁰⁾ *Pravda*, 4. August 1968.

Weg" zurückzuführen und damit gleichzeitig die sowjetische Einfluß- und Machtsphäre zu erhalten und nach Möglichkeit auszuweiten. Die ungehinderte und ungestrafte Realisierung einer vom sowjetischen Modell abweichenden Form des Sozialismus ist nur solange gewährleistet, wie die Sowjets sie hinzunehmen geneigt sind. Das Konzept der „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ ist insoweit darauf reduziert, die polydoxe Entwicklung des „sozialistischen Lagers“ zu rationalisieren. Die Akzeptierung bzw. Verdammung eines „nationalen Weges zum Sozialismus“ ist indessen nicht zuletzt eine Frage der Durchsetzbarkeit des sowjetischen Vorbilds. Hierfür sind solche Variablen bestimmend wie der Selbstbehauptungswille eines Landes (Jugoslawien), die geographische Distanz (Kuba), die Größe und Stärke eines Landes (China), die Überschneidung mit Einflußsphären anderer Staaten (China im Falle Nordvietnams und Nordkoreas).

4. Ein Austritt aus der „sozialistischen Gemeinschaft“, dem „gemeinsamen sozialistischen Vaterland“ der Völker und der ihr angehörenden Länder, ist Verrat an dieser und rechtfertigt ebenfalls den Einsatz militärischer Mittel.

Die Tragweite dieser Maxime ist schwer abzuschätzen angesichts des faktischen Zerfalls dessen, was als die Gemeinschaft der Länder mit einer regierenden kommunistischen Partei bezeichnet wird. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Weder eine Gemeinsamkeit der Überzeugung noch eine des Interesses, nicht einmal ein gemeinsamer Gegner verbindet die 14 Länder, in denen eine kommunistische Partei an der Macht ist. Auch scheint die Formulierung „Austritt“ eher auf eine organisierte Gemeinschaft hinzuweisen, in der ein Staat durch formellen Eintritt die Mitgliedschaft erlangt, wie es bei der Organisation des Warschauer Pakts und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Fall ist, denen Jugoslawien und China nicht angehören, ebenso wenig Kuba. Ausgetreten aus einer so verstandenen „sozialistischen Gemeinschaft“ ist bislang — im September 1968 — nur Albanien. Von Bedeutung für Rumänien könnte es sein, ob von den Sowjets und den ihnen ergebenden Partnern ein Austritt als das ausgelegt wird, was er ist, oder ob in deren Blickwinkel schon die beharrliche Weigerung Rumäniens, Manöver der Streitkräfte des Warschauer Pakts auf seinem Territorium zuzulassen, als eine Verletzung der Pflicht betrachtet wird, das „gemeinsame sozialistische Vaterland“ zu vertei-

digen, was als gleichbedeutend mit dem Willen, der Gemeinschaft den Rücken zu kehren, interpretiert werden könnte.

5. Seit dem Entstehen einer „sozialistischen Weltgemeinschaft“ hat die Diktatur des Proletariats einen internationalen Charakter angenommen.

Diese „internationale Diktatur des Proletariats“ impliziert einen globalen Herrschaftsanspruch der kommunistischen Parteien über den „Klassenfeind“, läßt sich aber auch im Sinne einer Herrschaftsstellung der KPdSU und der ihr ergebenden kommunistischen Parteien über die rechten Revisionisten (Kommunistische Partei Jugoslawiens und Italiens) und linken Revisionisten (Kommunistische Partei Chinas und Albanien) interpretieren. Die „Breschnew-Doktrin“ hat die theoretische Grundlage für eine verstärkte Integration der dem Warschauer Pakt und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Staaten geliefert. Indessen kann die Sowjetunion und ihre Kommunistische Partei mit der engeren Bindung der Staaten untereinander und an sich den Zerfall der faktisch rudimentären „sozialistischen Weltgemeinschaft“ bestenfalls nur regional eindämmen.

6. Was für die Arbeiterklasse der ganzen Welt früher Rußland bzw. die Sowjetunion war, soll heute die „sozialistische Gemeinschaft“ sein. Hieraus — und auch dies ist ein Aspekt des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ — wird abgeleitet, daß der Aufbau des Sozialismus in Entwicklungsländern *nur* mit Hilfe der entwickelten sozialistischen Länder (und das sind diejenigen Osteuropas) und des internationalen Proletariats möglich sei³³).

Die Attraktivität des sowjetischen Entwicklungsmodells für politische und militärische Eliten in Entwicklungsländern mag zu einer Verbreitung des Sozialismus führen, wohl aber nicht zu einer Herausbildung einer „sozialistischen Weltgemeinschaft“, deren Mitglieder sich einem die staatliche Souveränität und das nationale Selbstbestimmungsrecht so gut wie eliminierenden „sozialistischen Völkerrecht“ unterwerfen würden. Eine solche Perspektive ist allein schon angesichts der Vielfalt der traditio-

³³) Vgl. Deklaration vom 18. Juni 1969; ferner u. a., A. N. Chejfec, in: *Narody Azii i Afriki* [Die Völker Asiens und Afrikas], (Moskau) 1969, Nr. 1, S. 4. — Den Gedanken, daß unterentwickelte Länder mit Hilfe des Proletariats der entwickelten Länder ein Sowjetsystem errichten könnten, hat bereits Lenin geäußert, vgl. a. a. O., Bd. 41, S. 246.

nationalen nationalen Kulturen im Entwicklungsraum, die das Gedankengut der dortigen Führungseliten mitbestimmen, nicht realisierbar. Hinzu kommt, daß dem sowjetmarxistischen Entwicklungsmodell konkurrierende marxistische Entwicklungsmodelle in Gestalt des jugoslawischen, chinesischen und kubanischen Weges zum Sozialismus — sowohl in seiner ersten Phase der Machtergreifung wie auch in derjenigen der nachfolgenden Transformationen — erstanden sind und daß möglicherweise weitere hinzutreten werden. Auch war das tschechoslowakische Sozialismusmodell geeignet, nicht nur in den Gesellschaften der Industriestaaten auf Resonanz zu stoßen, sondern auch bei den eine Verknüpfung sozialistischer und liberal-demokratischer Elemente anstrebenden Eliten in Entwicklungsländern. Das sowjetische Konzept des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ kommt im Entwicklungsraum aber insoweit ins Spiel, als die Kampfformen und Umgestaltungen in den dortigen Ländern nur dann von der KPdSU als sozialistisch anerkannt und unterstützt werden, wenn die sie initiiierenden revolutionären Eliten sich außenpolitisch eng an die Sowjetunion anlehnen und eine „antiimperialistische“ Politik betreiben. Haben sie sich zudem auch noch ein solches sozialistisches Gedankengut zu eigen gemacht, daß das Plazet der KPdSU gefunden hat, und zeigen sie sich sowjetischen Beeinflussungsversuchen gegenüber aufgeschlossen, so werden sie mit dem Etikett „revolutionäre Demokraten“ versehen; es wird an sie die Hoffnung geknüpft, in Zusammenarbeit mit den nationalen kommunistischen Parteien das politische, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ihres Landes im Sinne sowjetischer Vorstellungen umzugestalten³⁴⁾.

Soweit revolutionäre Bewegungen mehr oder weniger nach China hin orientiert sind — z. B. die palästinensische Befreiungsfront Arafats — oder den Revolutionsidealen Fidel Castros, Ernesto Guevaras und Régis Debrays anhängen — wie ein Teil der lateinamerikanischen Guerillas —, so sind sie der Anerkennung und Unterstützung durch Staat und Partei der Sowjetunion nur insoweit sicher, als es diese im Hinblick auf die chinesische Rivalität, unter Rücksichtnahme auf die moskauorientierte kommunistische Partei des jeweiligen Landes und unter Berücksichtigung der Beziehungen

³⁴⁾ Vgl. u. a. A. Arzumanjan, in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodne otnošenija*, 1964, Nr. 12, S. 95; eine differenziertere Meinung vertritt K. Brutenc, in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodne otnošenija*, 1968, Nr. 3, S. 15 ff.

zu den USA für opportun halten. Prinzipiell gilt der Verschmelzungsaspekt des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ — Verbreitung der proletarischen Revolution — nur insoweit, als er die Interessen der Sowjetunion und die Führungsstellung der KPdSU nicht beeinträchtigt.

Die Sowjetunion und die Politik des „Brückenschlags“

Nicht uninteressant ist es, die starre Interpretation des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ durch die „Breschnew-Doktrin“ abschließend auch unter dem Gesichtswinkel der vom Westen auf der Grundlage der sogenannten „Evolutionstheorie“ verfolgten Politik des „Brückenschlags“ zu beleuchten³⁵⁾. Beide beruhen auf der Überlegung, daß die kommunistischen Parteien innerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs immer stärker nationalistischen Emotionen innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen ausgesetzt und deshalb geneigt sind, originelle politische und wirtschaftliche Organisationsformen, aber auch eine nationalistische Außenpolitik zu realisieren. Die innenpolitischen Ereignisse in der Tschechoslowakei und der eigenständige, auf die uneingeschränkte Souveränität pochende außenpolitische Kurs Rumäniens haben diese Überlegungen bestätigt, die zwar eine Konvergenz der Systeme in Ost und West ausschließen, aber eine Entwicklung antizipieren, in deren Zuge sich die innenpolitische Situation in den sozialistischen Ländern Osteuropas und die Haltung der dort regierenden kommunistischen Parteien zur Sowjetunion im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrzehnten grundlegend wandeln würden.

Es verwundert deshalb nicht, daß die Evolutionstheorie, die sich auch in den Zielprojektionen zahlreicher westlicher — darunter auch westdeutscher — Politiker niedergeschlagen hat, sowjetischerseits heftig kritisiert und die Politik des „Brückenschlags“ unter Umkehrung von Ursache und Wirkung für die Ereignisse in der Tschechoslowakei mitverantwortlich gemacht wird³⁶⁾.

³⁵⁾ Siehe vor allem Z. Brzezinski, S. Huntington, *Politische Macht USA/UdSSR. Ein Vergleich*, Köln-Berlin 1966, die die Konvergenztheorie einer eingehenden Kritik unterziehen; ferner u. a. Z. Brzezinski, *Alternative zur Teilung*, Köln-Berlin 1966; H. Gordon Skilling, *Communism National and International*, Toronto 1966; K. London (ed.), *Eastern Europe in Transition*, Baltimore 1966.

³⁶⁾ Siehe, u. a., A. Butenko, in: *Izvestija (Moskau)*, 16. Mai 1968; E. Modrzinskaya (Modrżinskaja), in: *International Affairs*, (Moskau) 1969, Nr. 1,

Die militärische Intervention der Sowjetunion und ihrer gleichgesinnten Partner ist auch damit gerechtfertigt worden, daß gemeinsame Interessen des sozialistischen Lagers auch von äußeren Feinden bedroht gewesen seien³⁷⁾.

In der Tat hat die KPČ im Frühjahr und Sommer 1968, partiell schon vorher, der geistigen Kommunikation mit dem Westen keine Hindernisse in den Weg gelegt. Sie setzte damit ihr Land der Koexistenz auf einem Sektor aus, der sowjetischerseits ausdrücklich immer aus dem friedlichen Nebeneinander von Ost und West ausgeklammert worden ist — dem der Ideologie. Die sowjetische Konzeption akzeptiert nur eine Koexistenz auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Auf demjenigen der Ideologie hat die Sowjetunion dem Westen einen unversöhnlichen Kampf angesagt, der einen kompromißlosen Sieg des Sozialismus sowjetischer Observanz antizipiert. Einen Ideenfluß in west-östlicher Richtung interpretiert sie als Subversion mit dem Ziel, die Länder Osteuropas aus ihrem Herrschaftsbereich herauszubrechen, und deshalb als unvereinbar mit den von ihr definierten Grundsätzen der „friedlichen Koexistenz“³⁸⁾.

Die Anwendung militärischer Gewalt, um die Tschechoslowakei auf die von ihnen vorgeschriebene Bahn des Sozialismus zurückzuholen, offenbarte das Unvermögen der Sowjets, sich der ideologischen Auseinandersetzung mit ideologischen Mitteln zu stellen.

Die Aufweichung der starren Fronten zwischen den USA und der Sowjetunion aufgrund einiger gemeinsamer Interessen hat den Mitgliedstaaten des östlichen Paktsystems, mit Ausnahme Rumäniens, keine größere Handlungsfreiheit gebracht. Im Hinblick auf die Festigung ihrer Hegemonialgewalt über Osteuropa gibt die Sowjetunion den Grundsätzen des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ vor

S. 15—20: S. Sanakoyev, N. Kapchenko (Sanaköev, Kapčenko); in: *International Affairs*, (Moskau) 1969, Nr. 8, S. 32—39. — Zur sowjetischen Polemik gegen die Konvergenz-Theorie s. K. Pritzel, *Die Sowjetkommunisten und die Konvergenztheorie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 5/1970, S. 3—18, insbes. S. 7—14; ferner D. Goldendrycht, *Der „verführerische Westen“*. Moskau warnt vor ideologischer Diversion, in: *Osteuropa* 20 (1970), Nr. 3, S. 164 bis 170.

³⁷⁾ L. Brežnev, Rede auf dem V. Kongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: *Pravda*, 13. November 1968.

³⁸⁾ Vgl. den Redaktionsartikel in: *International Affairs*, (Moskau) 1969, Nr. 1.

denjenigen der „friedlichen Koexistenz“ augenscheinlich den Vorrang. Die Nachfolger Chruschtschows begreifen die Politik der „friedlichen Koexistenz“ nicht mehr als Generallinie ihrer Außenpolitik. Dieses Konzept nimmt zwar weiterhin einen hohen Rang im außenpolitischen Verhalten der Sowjetunion ein, da es geeignet ist, die Verfolgung der ehrgeizigen innenpolitischen Zielsetzungen nach außen hin abzusichern. Seit dem XXIII. Parteitag der KPdSU vom März/April 1966 ist indessen die Pflege der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern auf der offiziellen Interessenskala der sowjetischen Außenpolitik hinter den Ausbau der (rudimentären) „sozialistischen Völkergemeinschaft“ und deren „sozialistische Integration“ unter der Führung der Sowjetunion zurückgetreten³⁹⁾. Zur Praktizierung der „friedlichen Koexistenz“ ist die Sowjetunion nur bereit auf der Grundlage einer vom Westen nicht in Frage gestellten monolithischen Struktur des auf Moskau als Zentrum und die KPdSU als dominierende Partei ausgerichteten osteuropäischen Staatensystems. Eine Koexistenzpolitik als Instrument des „Brückenschlags“ von West nach Ost lehnt sie ab, wenn der damit intendierte Abbau von Spannungen geeignet sein könnte die Geschlossenheit des sowjetischen Machtbereichs zu gefährden und einer zentrifugalen Entwicklung Vorschub zu leisten. Einer solchen Entwicklung haben die Sowjets mit den durch die „Breschnew-Doktrin“ erweiterten Grundsätzen des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ vorerst einen Riegel vorgeschoben.

Wie die „Lösung“ der tschechoslowakischen Krise ein übriges Mal gezeigt hat, und das mit aller Deutlichkeit, muß der Westen, nicht zuletzt auch die Bundesrepublik, der Tatsache Rechnung tragen, daß die Stabilisierung und Zementierung des politischen und strategischen „Status quo“ in Europa ein zentrales Anliegen der sowjetischen Außenpolitik ist, das sowohl von den Grundsätzen der „friedlichen Koexistenz“ wie auch von denen des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ bestimmt wird. Der aus der Kombination dieser beiden Aktionskategorien resultierende dynamische und zugleich konsolidierende Charakterzug der sowjetischen Außenpolitik hat erst jüngst in dem zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geschlossenen Vertrag seinen Niederschlag gefunden.

³⁹⁾ Näheres bei R. K. Furtak, *Außenpolitik — Fortsetzung der friedlichen Koexistenz?*, in: *Osteuropa* 18 (1968), Nr. 5/6, S. 395—403, insbes. S. 396 f.

Moderne Wissenschaftslehre und marxistische Kapitalismustheorie

I. Wissenschaftstheoretische Einführung

Solange wir die Idealgesellschaft nicht erreicht haben — und es gibt gute Gründe, daran zu zweifeln, ob dies jemals der Fall sein wird —, sind gesellschaftliche Reformen notwendig, um unbefriedigende soziale Zustände zu beseitigen. An Beispielen für solche Zustände mangelt es nicht. Zu nennen wären z. B. die Misere des Bildungswesens, das Verkehrsproblem, die Situation der alten Menschen und der kinderreichen Familien in der heutigen Gesellschaft. In den Massenmedien werden tatsächliche oder auch nur vermeintliche Mißstände oft lauthals angeprangert, und es wird nach Abhilfe verlangt. Daneben gibt es zahlreiche Reformbegehren, die wahre oder falsche Gründe für Mißstände nennen und Maßnahmen zu deren Beseitigung vorschlagen. Es werden also Reformprogramme für bestimmte Probleme angeboten. Diese müssen auf ihre Brauchbarkeit kritisch geprüft werden, wenn sie nicht einfach als eine Art Offenbarung hingenommen werden sollen. Man steht vor der generellen Frage, wie man dabei verfahren will und vor allem kann.

Wie ist es möglich, sich in dem ständigen Bombardement von miteinander konkurrierenden — sich also gegenseitig widersprechenden — Tatsachenbehauptungen, Theorien und politischen und moralischen Wertungen und emotionalen Appellen ein selbständiges Urteil zu bilden? Die angestrebten Ideale sind oft von einer Art, daß — zumindest öffentlich — sich kaum jemand gegen sie aussprechen könnte. Wer ist nicht für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlfahrt? Wem und wessen Reformvorschlägen soll man aber Glauben schenken?

Unsere Möglichkeiten für eine Urteilsbildung sind offenbar recht begrenzt. Wir können nicht alle Fakten nachprüfen; unsere eigenen Erfahrungen reichen nicht sehr weit. Trotzdem sind wir oftmals gezwungen, Stellung zu beziehen, zu urteilen und zu entscheiden. Das ist ein allgemeines Merkmal menschlicher Lebenssituation. Aber es ist kein Grund, vor der Aufgabe einer rationalen Umweltorientierung zu resignieren.

Im Folgenden wird zunächst in Anlehnung an einige Ergebnisse der modernen Wissenschaftslehre oder -theorie aufzuzeigen versucht, wie man trotz der einschränkenden Bedingungen zu rationalen Entscheidungen und Stellungnahmen über Argumente und Reformprogramme kommen kann. Die Wissenschaftstheorie als Kodex rationalen Forschens in den Erfahrungswissenschaften scheint hierfür einen wichtigen Beitrag leisten zu können.

Reformargumente und -programme können grundsätzlich folgende Bestandteile enthalten:

1. Tatsachenbehauptungen.
2. Theorien oder empirische Gesetze über allgemeine Zusammenhänge in der Realität. So z. B. über die Beziehung, die möglicherweise zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität in einer Volkswirtschaft besteht.
3. Moralische Wertungen, wie beispielsweise die Behauptung, das Bildungssystem der BRD sei ungerecht.

Wie kann man kritisch zu Tatsachenbehauptungen Stellung nehmen? Widerlegbar sind diese offenbar nur durch den Beweis des Gegenteils. Das ist in den meisten Fällen aber wohl nicht unmittelbar möglich. So ergibt sich in kontroversen Diskussionen oft die unerquickliche Situation, daß sich bloße Faktenaussagen unversöhnlich gegenüberstehen.

Als Beispiel für die „Ohnmacht“ des einzelnen gegenüber derartigen Faktenbehauptungen kann man vielleicht die Meldungen über die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den arabischen Staaten anführen. Die Darstellungen der Beteiligten — z. B. über die Zahl der abgeschossenen feindlichen und der verlorenen eigenen Flugzeuge — widersprechen sich in der Regel diametral. Der Zeitungsleser oder Nachrichtenhörer ist auf Vermutungen angewiesen. Ein solcher Fall „nackter“ Tatsachenbehauptung scheint fast aus-

sichtslos zu sein. Die einzige Kritikmöglichkeit besteht dann in der *Logik*.

Ihre Kriterien sind das allgemeinste und zugleich schärfste Mittel, um kontrollieren zu können, ob ein Argument korrekt ist. Jeder Satz, der einen logischen Widerspruch enthält, muß als unbrauchbar verworfen werden¹⁾. Das bedeutet dann wohlgerne kein Urteil über empirische Tatbestände, sondern über ein Argument. Wenn es in sich widersprüchlich ist, dann kann man nicht eindeutig ermitteln, was es überhaupt ausdrücken soll.

Viele Tatsachenbehauptungen sind zum Glück jedoch nicht „nackt“. Mit ihnen wird vielmehr ein ganz bestimmter Argumentationszweck verfolgt. Daraus ergeben sich weitere Ansatzpunkte:

1. Unabhängig von ihrer empirischen Wahrheit oder Falschheit — die ja meist nicht direkt zu ermitteln ist — kann man nämlich prüfen, ob der mit einer Behauptung angestrebte Zweck logisch schlüssig erreicht wird. Wenn z. B. jemand erklärt, eine Person seiner Bekanntschaft sei ein großer Kunstliebhaber, und zur Begründung lediglich anführt, daß er dieser Person gestern in einer Gemäldeausstellung begegnet sei, dann reicht diese Faktanaussage offenbar nicht aus, um die geäußerte Vermutung schlüssig zu begründen.
2. Wichtiger und schwieriger ist die zweite Form der zweckgerichteten Verwendung von Tatsachenaussagen. Gemeint sind solche empirischen Sätze, die zur Begründung von Theorien oder Gesetzen angeführt werden. Diese wurden vorhin als zweite Art von möglichen Bestandteilen eines Reformarguments genannt. Unter Theorien oder empirischen Gesetzen sind Aussagen wie z. B. die folgenden zu verstehen: „Alle Metalle dehnen sich bei Erwärmung aus“ oder: „Wenn die Löhne in einer Volkswirtschaft über den Produktivitätszuwachs hinaus er-

¹⁾ Diese Ansicht ist umstritten. Besonders von der „Frankfurter Schule“ der Soziologie werden in neuerer Zeit kontradiktorische Sätze als nützliche und sogar notwendige Aussagen der Wissenschaft betrachtet. Vgl. z. B. Theodor W. Adorno, Einleitung, in: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, hrsg. v. Th. W. Adorno, Neuwied und Berlin 1969, S. 28, 32 f., 43 f. Vgl. zur Kritik dieser Auffassung, die den Zusammenbruch der Rationalität herbeiführen müßte, Karl R. Popper, *Was ist Dialektik?*, in: *Logik der Sozialwissenschaften*, hrsg. v. E. Topitsch, Köln-Berlin 1965, S. 262 ff.

höht werden, dann steigt das Preisniveau“²⁾).

Die Frage nach dem Verhältnis von Faktenbehauptungen zu Theorien (oder allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Realität) führt zu wissenschaftstheoretischen Problemstellungen im engeren Sinne. Unter dem Gesichtspunkt der Themenstellung dieses Aufsatzes folgen jetzt einige Bemerkungen, die das Verständnis der späteren Kritik an marxistischen Theorien und Auffassungen erleichtern sollen.

Kann man eine der beispielhaft genannten Theorien durch eine Tatsache begründen, das heißt endgültig als wahr erweisen? Genügt es z. B., ein Stück Eisen zu erhitzen und bei dessen tatsächlicher Ausdehnung die erwähnte Theorie „Alle Metalle dehnen sich bei Erwärmung aus“ als bewahrheitet einzustufen? Das ist offenbar nicht zulässig. Dafür gibt es zwei Gründe. (Vor ihrer Erörterung soll noch darauf hingewiesen werden, daß das gewählte Beispiel inhaltlich völlig ohne Bedeutung ist. Es kommt nur darauf an, logische Zusammenhänge mit dessen Hilfe zu untersuchen.)

1. Die Theorie spricht von allen Metallen; Eisen ist nur eines davon. Das Experiment schließt also nicht aus, daß andere Metalle sich bei Erwärmung nicht ausdehnen. Nun könnte man vorschlagen, *alle* Metalle zu prüfen, um Sicherheit darüber zu erlangen. Das ist jedoch auch nicht möglich. Man kann nämlich immer nur die *bekannt*en Metalle testen, vermag aber nicht auszuschließen, daß es noch andere — bisher unbekannte — Metalle gibt, die die behauptete Eigenschaft nicht aufweisen, die Theorie also widerlegen. Dieses und beliebig viele andere Experimente können deshalb die Theorie nie endgültig bewahrheiten oder verifizieren.
2. Der zweite Grund dafür, daß Tatsachen nicht die Wahrheit von Theorien begründen können, beruht auf einer logischen Regel, die die Rückübertragung der Wahrheit einer Konklusion auf ihre Prämissen verbietet.

Zur Verdeutlichung des letztgenannten Punktes müssen wir den Test mit dem erhitzten Eisen einmal logisch analysieren. Warum kann dieser Vorgang überhaupt als Überprüfung der

²⁾ Vgl. zum Theorie- und Gesetzesbegriff Hans Albert, *Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien*, in: *Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften*, hrsg. v. Hans Albert, Tübingen 1964, S. 22 ff.

Theorie angesehen werden? Offenbar einfach deshalb, weil er festzustellen versucht, ob das eintritt, was nach der Formulierung der Theorie immer und überall dann eintreten wird, wenn man Metall erhitzt. Es wird also geprüft, ob eine Prognose tatsächlich eintritt. Man kann den Vorgang mit Hilfe des sogenannten Hempel-Oppenheim'schen Deduktionsschemas folgendermaßen darstellen³⁾:

- A (Antezedens-Bedingung = Erhitzen des Eisens)
- G (Gesetz = Alle Metalle dehnen sich bei Erwärmung aus)
- P (Prognose = Das erhitzte Stück Eisen wird sich ausdehnen)

Logisch liegt ein Deduktionsschluß vor. Er wird durch den Pfeil symbolisiert. Man leitet P aus den Voraussetzungen (oder Prämissen) A und G logisch deduktiv ab. Im Eisen-Beispiel dehnte sich das Metall tatsächlich aus, P kann also als wahr bezeichnet werden. Was bedeutet das aber für G, das allgemeine Gesetz? Dieses soll doch mit Hilfe einer Tatsache (P) bewahrheitet werden. Hier setzt die erwähnte logische Regel ein. Sie verbietet es, von der Wahrheit der prognostizierten Tatsache (P) auf die Wahrheit des Gesetzes (G) zurückzuschließen. Demnach können auch aus logischen Gründen Tatsachen niemals eine Theorie endgültig bewahrheiten.

Das ist nicht ohne weiteres einleuchtend. Den Sinn der logischen Regel erkennt man aber durch folgende Überlegungen: Es ist in logisch korrekter Weise möglich, von *falschen* Voraussetzungen zu *wahren* Ergebnissen zu kommen. So kann man aus dem falschen Satz 1. „Amsterdam liegt in Asien“ und dem falschen Satz 2. „Asien liegt in Europa“ den offenbar wahren Satz 3. „Amsterdam liegt in Europa“ ableiten. In schematischer Schreibweise:

1. Amsterdam liegt in Asien
2. Asien liegt in Europa
3. Amsterdam liegt in Europa

Wollte man von der Wahrheit der Konklusion (Satz 3) auf die Wahrheit der Prämissen (Satz 1 und 2) zurückschließen, hätte dies zur Folge, daß zwei falsche Sätze als wahr bezeichnet werden müßten. Wegen dieser untragbaren

Konsequenz besteht die logische Regel zu Recht, die den Rücktransfer der Wahrheit von der Konklusion auf die Prämissen ausschließt. Bei wissenschaftlichen Prognosen stehen — im Gegensatz zu dem vorgeführten Beispiel — allgemeine Gesetze in den Prämissen. Deren Falschheit kann nicht ohne weiteres festgestellt oder angenommen werden. Die Prognose ist vielleicht ein kritischer Test, der über Wahrheit oder Falschheit des Gesetzes erst entscheiden soll. Daß sich auch dann beim Rücktransfer der Wahrheit eine unhaltbare logische Situation ergibt, wenn *nicht* von vornherein falsche Sätze in den Prämissen stehen, wird durch eine weitere Überlegung deutlich:

1. Amsterdam liegt in Australien
2. Australien liegt in Europa
3. Amsterdam liegt in Europa

In diesem zweiten Beispiel sind ebenfalls die Prämissen falsch, die Konklusion ist wahr. Wäre die Rückübertragung der Wahrheit von der Konklusion auf die Prämissen zulässig, dann wären Satz 1 und 2 als wahr zu bezeichnen. Aber das gilt gleichzeitig auch für Satz 1 und 2 des *ersten* Beispiels. Die jeweiligen Prämissen 1 des ersten und des zweiten Beispiels widersprechen sich jedoch. Amsterdam kann nicht in zwei verschiedenen Erdteilen liegen. Selbst wenn man nichts über die Wahrheit oder Falschheit von Satz 1 im ersten und im zweiten Beispiel wüßte, kann nur einer von beiden wahr sein; denn beide Sätze widersprechen sich ja.

Daraus ergibt sich, daß die Rückübertragung der Wahrheit von der Konklusion auf die Prämissen dazu führt, daß einander widersprechende Sätze, unter denen sich schon aus logischen Gründen falsche befinden, als wahr angesehen werden müßten. Das logische Verbot des Rücktransfers der Wahrheit ist also auch hier notwendig, um irrationalistische Konsequenzen zu vermeiden.

Die vorstehenden Erörterungen waren logischer Natur. Die *methodologische* Begründung für die These, daß Theorien nicht durch Tatsachen bewahrheitet werden können und dürfen, wäre anhand des Eisenbeispiels folgendermaßen zu begründen: Das Eisen hat sich zwar beim Erhitzen ausgedehnt, wie die Theorie es voraussagte. Woher wissen wir aber, daß die „Ursache“ dafür in der Erwärmung liegt? Die Theorie behauptet es. Diese soll aber erst geprüft werden. Man könnte sie also nicht als wahr unterstellen, ohne in einen logischen Zirkel zu geraten.

³⁾ Vgl. dazu Carl G. Hempel und Paul Oppenheim, *Studies in the Logic of Explanation*, in: *Philosophy of Science*, Vol. 15 (1948), S. 135 ff.; Wiederabdruck in: Carl G. Hempel, *Aspects of Scientific Explanation. And Other Essays in the Philosophy of Science*, New York — London 1965, S. 245 ff.

Wäre es aber nicht möglich und daher *prinzipiell* nicht auszuschließen, daß sich das Eisen aufgrund einer ganz anderen Gesetzmäßigkeit ausgedehnt hat, und zwar aufgrund einer „Ursache“, die während des Versuchs unbenutzt wirksam war? Bei naturwissenschaftlichen Experimenten wird dem durch möglichst perfekte Isolierung der Versuchsanordnung zu begegnen versucht. Unbekannte Einflüsse sind trotzdem nie auszuschließen. Ja, man ist oft nicht einmal in der Lage, die bekannten zu vermeiden.

Weil also immer ein anderes als das gerade zur Überprüfung anstehende Gesetz den prognostizierten Effekt — im Beispiel: die Ausdehnung des Metalls — herbeigeführt haben könnte, erweist sich die logische Regel als sehr zweckmässig, von der Wahrheit einer Konklusion nicht auf die Wahrheit der Prämisse — das heißt einer bestimmten Theorie — zurückschließen zu dürfen. Beachtenswert ist auch, daß dieses logische Verbot Scharlatanerie und Okkultismus aus der Wissenschaft fernhält bzw. fernhalten soll. Denn wenn es für die Wahrheit einer Theorie nur auf den *Erfolg* der aus ihr abgeleiteten Prognosen ankäme, dann müßte auch die Astrologie als Wissenschaft zugelassen werden, weil nicht auszuschließen ist, daß die mit Hilfe ihrer „Theorien“ gemachten Prognosen eintreffen, also „wahr“ sind.

Die anhand des Eisenbeispiels gewonnenen Einsichten lassen sich verallgemeinern: keine Tatsache vermag eine Theorie zu bewahrheiten oder zu verifizieren. Die daraus resultierende *praktische Nutzenanwendung* für die Beurteilung von Argumenten besteht offenbar darin, daß behaupteten gesetzmäßigen Zusammenhängen, die unter Hinweis auf eine oder mehrere bestätigende Tatsachen als wahr unterstellt werden, mit Skepsis zu begegnen ist. *Solche* Tatsachen beweisen nichts. Für jede Theorie lassen sich positive Fälle finden.

Wenn man z. B. eine Hypothese des Inhalts „An Sonntagen scheint immer die Sonne den ganzen Tag“ behauptete, dann wäre es doch sehr verwunderlich, wenn sich dafür nicht ein paar positive Fälle in jedem Jahr fänden. Das gleiche gilt aber auch für die entgegengesetzte Hypothese: „An Sonntagen regnet es immer den ganzen Tag.“ Dafür könnte man sicher ebenfalls bestätigende Fälle finden. Können aber beide Theorien gleichzeitig wahr sein, obwohl sie sich widersprechen? Das ist der entscheidende Punkt. Das Verfahren der Bewahrheitung von Theorien führt zu logischen Situationen, die nicht geduldet werden können.

Es ist ein Kriterium erforderlich, das eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Theorien ermöglicht. Man stelle sich einmal vor, im Contergan-Prozeß hätte die Anklage die Theorie „Contergan führt zu Mißbildungen“ und die Verteidigung die Theorie „Contergan führt nicht zu Mißbildungen“ vertreten und auch durch bestätigende Fälle „bewahrheitet“. Wenn das Gericht bei seiner Entscheidung diese Bewahrheitungsmethode anwendete, dann befände es sich in einem ausweglosen logischen Dilemma.

Für die praktische Entscheidungssituation bedeutet dieser skizzierte logische Sachverhalt, daß man sogar als völliger Laie in einem bestimmten Fachgebiet derartig strukturierte Argumente und Begründungen als untauglich zurückweisen kann. Der Mensch scheint demnach doch nicht so sehr bloßer Spielball und ohnmächtiger Adressat aller möglichen Behauptungen und Ideologien sein zu müssen, wie das manchmal den Anschein hat. Die hier dargelegten und noch zu ergänzenden Kriterien zur Beurteilung von Aussagen wirken wie eine Art Sieb oder Filter, das grobe Ungeheimheiten und Denkfehler auffängt und sichtbar macht.

Die These, daß Theorien nicht durch Tatsachen endgültig bewahrheitet werden können, besitzt natürlich sehr weitreichende Konsequenzen. Sie ist keinesfalls allgemein anerkannt, wie die seit Jahrzehnten andauernden wissenschaftstheoretischen Kontroversen über das Induktionsproblem zeigen. Zahlreiche Theorien und Thesen in wissenschaftlichen Werken leiten ihren *Schein* der Wahrheit aus einem Verstoß gegen die logische Regel ab, die die Rückübertragbarkeit der Wahrheit von einer Konklusion auf die Prämissen ausschließt.

Das gilt auch für Theorien und ganze Werke marxistischer Autoren mit ihrer Fülle von faktischen Behauptungen, geschichtlichen Darstellungen, Zahlen, Statistiken und anderen Belegen, die z. B. „beweisen“ sollen, daß der sogenannte Kapitalismus nach wie vor ausbeuterisch und innerlich widersprüchlich ist, seine Krisen immer schwerer werden, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals immer größer wird, kurz: daß der von Marx vorhergesagte Untergang des Kapitalismus sich in den Tatsachen immer deutlicher abzeichnet. Moralische Empörung und starkes emotionales Engagement scheinen oft mit im Spiele zu sein, wenn solche Behauptungen unkritisch geglaubt oder widerspruchslos hingenommen werden.

Die bisherigen Ausführungen über das Verhältnis von Tatsachenbehauptungen zu Theorien haben zumindest eine dringende Frage aufgeworfen: Wenn mit Hilfe von bestätigten Fakten eine Theorie oder ein Gesetz nicht als wahr erwiesen werden kann, welches *Wahrheitskriterium* steht uns dann überhaupt zur Verfügung? Nach wie vor sind es die Tatsachen, an denen sich Theorien bewähren müssen. Diese Tatsachen werden jedoch nicht danach ausgesucht, ob sie die zu prüfende Theorie stützen, sondern man sucht bewußt nach Fakten, die die Theorie *widerlegen* sollen. An die Stelle des logisch unhaltbaren Verifikationskriteriums tritt das Falsifikationskriterium ⁴⁾.

Das ist also ein kritisches Verfahren, eine kritische Einstellung gegenüber Theorien, die eigenen eingeschlossen. Es ist durch die folgende logische Überlegung zu begründen: Vorhin wurde das logische Verbot diskutiert, das es nicht gestattet, von der Wahrheit einer Prognose auf die Wahrheit der Theorie zurückzuschließen. Im Gegensatz dazu ist es jedoch erlaubt, von der *Unwahrheit* einer Prognose auf die Unwahrheit oder Falschheit der Theorie zurückzuschließen. Das bedeutet für das Eisenbeispiel: Wenn das erhitzte Stück sich nicht — wie von der Theorie behauptet — ausgedehnt hätte, dann wäre die Theorie damit als falsch erwiesen oder mit anderen Worten *falsifiziert* worden. Dies ist die einzige logisch korrekte Möglichkeit, etwas über die Wahrheit von Theorien in Erfahrung zu bringen.

Übersteht eine Theorie einen solchen Widerlegungsversuch, dann ist sie damit jedoch keineswegs als wahr erwiesen. Strenggenommen kann man von ihr nur sagen, sie sei bisher noch nicht widerlegt. Nach einer Reihe von erfolgreich überstandenen strengen Tests ist es möglich, ihr das Prädikat „bisher bewährt“ zu verleihen. Absolut wahre Theorien kann es offenbar bei diesem Verfahren ebensowenig geben wie bei dem schon diskutierten und abgelehnten Verfahren zur „Bewahrheitung“ einer Theorie durch positive Fälle. Während jenes aber keine Entscheidung zwischen konkurrierenden, das heißt sich gegenseitig widersprechenden Theorien ermöglicht, sondern einen solchen logisch unhaltbaren Zustand zu

tolerieren gezwungen ist, ist die Sachlage hier völlig anders.

Wenn man eine der Theorie widersprechende Tatsache findet, dann kann diese damit als widerlegt gelten. Von zwei Theorien ist diejenige der anderen überlegen, die einen kritischen Test übersteht, bei dem die andere versagte. Zwischen ihnen ist also eine Auswahl und Entscheidung aufgrund von Tatsachen herbeiführbar. Auf diese Weise nähert man sich der Wahrheit durch die Ausmerzungen von falschen Theorien — also auf *indirektem* Wege. Die bisher bewährten Theorien gelten als die jeweils besten Annäherungen an die Wahrheit, bis auch sie widerlegt und durch bessere ersetzt werden.

Die hier recht grob skizzierte Forschungsstrategie hat formenden Einfluß auf die gesamte Wissenschaftsauffassung, zu deren Bestandteilen sie gehört. Eine so verstandene Wissenschaft ist vor allem ein *kritisches Unternehmen*. Sie stellt die Idee der Kritik in den Vordergrund, nicht die Begründung und Rechtfertigung. Sie will und kann keine Sicherheiten und absoluten Wahrheiten liefern, weil dem logische und erkenntnistheoretische Prinzipien entgegenstehen ⁵⁾. Es sind deshalb immer nur kritische Leistungen, die in einer solchen Wissenschaftskonzeption zählen. Deren wichtigste Maxime lautet, daß wir aus unseren Fehlern — das heißt widerlegten Theorien — lernen. Alles ist nur vorläufig, hypothetisch. Meinungen, Thesen und Theorien sind immer wieder in Frage zu stellen. Sie bleiben stets der Kritik offen. Der wissenschaftliche Fortschritt ist ein dialektischer ⁶⁾ Prozeß von Versuch und Irrtum. Er verlangt riskante Vermutungen in Form von neuen Theorien, die immer so konstruiert sein müssen, daß sie prinzipiell durch Tatsachen widerlegbar sind. Theorien, die nicht an der Erfahrung scheitern können oder die man nur durch bestätigende Fälle zu bewahrheiten sucht, denen also die Chance der Bewährung in der Kritik überhaupt nicht gegeben wird, sind nutzlos für den Erkenntnisfortschritt.

⁵⁾ Vgl. dazu Karl R. Popper, *On the Sources of Knowledge and of Ignorance*, in: ders., *Conjectures and Refutations. The Growth of Scientific Knowledge*, London 1965, S. 3 ff.; sowie Hans Albert, *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen 1968, passim.

⁶⁾ „Dialektisch“ im Sinne seiner ursprünglichen Bedeutung in der griechischen vorsokratischen Philosophie gemeint, also nicht im Hegelschen Sinne. Vgl. dazu Hans Albert, a. a. O., S. 41 ff.

⁴⁾ Vgl. dazu grundlegend Karl R. Popper, *Logik der Forschung*, 2. erw. Aufl., Tübingen 1966, S. 15 ff. und S. 47 ff.

II. Zur Kritik der marxistischen Verelendungstheorie

Die folgende exemplarische Kritik der marxistischen Verelendungstheorie wird gleichzeitig wissenschaftstheoretische Gesichtspunkte für die Beurteilung von Theorien und Argumenten enthalten, die sich für Reformdiskussionen als nützlich erweisen werden. Diese Kritik orientiert sich hauptsächlich an Ausführungen des polnischen Marxisten Oskar Lange in dessen Buch „Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft“⁷⁾.

Eine Darstellung der Theorie, mit der Marx seine Voraussage begründet, daß der sogenannte Kapitalismus für die Arbeiterklasse notwendigerweise mit zunehmendem Elend verbunden sein müsse, kann hier nicht gegeben werden. Auf diese kommt es auch nicht in erster Linie an. Viel wichtiger ist deren Ergebnis, die Prophezeiung der zunehmenden Verelendung. Dazu ein Zitat aus dem ersten Band des „Kapitals“:

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. ... Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber die Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“⁸⁾

Die Marxsche Verelendungstheorie geriet jedoch im Laufe der Zeit in Schwierigkeiten, weil die zunehmende Verelendung einfach nicht stattfinden wollte. Da gleichzeitig die von Marx genannte Bedingung, die zunehmende Kapitalakkumulation, realisiert war und ist, muß die Theorie strenggenommen als widerlegt angesehen werden. Wie reagierten die Marxisten auf diese für sie mißliche Lage?

⁷⁾ Vgl. Oskar Lange, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 110 ff.

⁸⁾ Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1965, S. 673 (Hervorhebung im Original).

Weit entfernt davon, gegenüber der Marxschen Theorie eine wissenschaftlich-kritische Haltung einzunehmen, versuchten sie vielmehr die Verelendungstheorie zu retten. Diese apologetische Einstellung beabsichtigt logisch nicht, die Wahrheit einer Theorie zu prüfen, sondern deren *vorausgesetzte* Wahrheit zu beweisen. Damit versperrt sie sich jedoch selbst den Zugang zur Wahrheit, weil sie Tatsachen jetzt nicht mehr als Prüfungsinstanzen, sondern nur als *Illustrationen* benutzen kann.

Die Marxisten versuchen, den widerlegenden Fakten durch ein Exegese-Argument die Spitze zu nehmen. Der Versuch bestand und besteht in der Behauptung, Marx habe nicht eine absolute, sondern lediglich eine relative Verelendung gemeint. (Relative Verelendung besagt nur noch, daß die Arbeiter einen geringeren prozentualen Anteil am Volkseinkommen — bei steigendem absoluten Einkommen des einzelnen — erhalten sollten, ihr Lebensstandard absolut aber nicht sinkt.) Nun sind Exegese-Argumente in den theoretischen Erfahrungswissenschaften allenfalls von biographischer Bedeutung, wenn sie nicht — wie im vorliegenden Falle — zur stillschweigenden Umformulierung einer an der Erfahrung gescheiterten Theorie benutzt werden. Hier liegt eine *Immunisierungs- und Alibi-Strategie* vor, die das Versagen der Theorie kaschieren und ihren unerschütterlichen Wahrheitsanspruch aufrechterhalten soll.

Es ist wohl einleuchtend, daß man auf diese Weise *jede beliebige* Theorie beim Auftreten von widerlegenden Tatsachen retten kann. Solche Aussagensysteme aber dann noch für wahr oder irgendwie bedeutsam zu halten, ist intellektuelle Selbsttäuschung. Der Gutgläubige mag unbewußt zu derartigen Immunsierungsstrategien Zuflucht nehmen, weil er zuerst glaubt und erst dann kritisch denkt. Theorien gleichen Fragen, die der Wissenschaftler an die Realität stellt. Er muß sich vor Suggestivfragen hüten, weil er dann nur solche Antworten erhält, die in den Fragen schon nahegelegt werden.

Den an der Erkenntnis und Wahrheitssuche interessierten *kritischen* Wissenschaftler zeichnet aus, daß er auf das falsche Ideal unwiderlegbarer Theorien verzichtet und seine und anderer Vermutungen über Zusammenhänge der Wirklichkeit bewußt dem Risiko des Scheiterns aussetzt. Selbst eine vollständig widerlegte Theorie ist einer gegen die Tatsachen

immunisierten und deshalb nichtssagenden bei weitem vorzuziehen. Die widerlegte Theorie enthält nämlich die äußerst wertvolle Information, daß der von ihr behauptete Zusammenhang eben nicht besteht.

Das deutet die positive Rolle des Irrtums in der Wissenschaft an und steht in scharfem Gegensatz zur noch zu erörternden marxistischen Ideologienlehre. Die Wissenschaft ist ja nach der hier vertretenen Auffassung ein Prozeß von Versuch und Irrtum. Würde z. B. die vorhin verwandte Hypothese „Alle Metalle dehnen sich bei Erwärmung aus“ experimentell als falsch erwiesen, dann wüßte man, daß die Erhitzung des Eisens ein untaugliches Verfahren wäre, um dessen Form zu verändern. Man brauchte auch zwischen den einzelnen Stücken von Eisenbahnschienen keine Lücke zu lassen, weil keine Gefahr bestünde, daß sie sich durch die Hitze im Sommer ausdehnen und wölben.

Doch zurück zur Verelendungstheorie und dem immunisierenden Exegese-Argument. Oskar Lange bemerkt entgegen den landläufigen marxistischen Auffassungen, daß sich bei Marx sowohl Zitate für die absolute als auch für die relative Variante der Verelendungstheorie finden ließen. Marx sei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber von der absoluten Verelendung der Arbeiter im Kapitalismus überzeugt gewesen⁹⁾. Dieser Disput unter Marxisten soll hier nicht weiter vertieft werden. Interessant ist nur die Art, wie Lange — nach dem Vorbild von Marx — den Gesetzes- und Theoriebegriff auffaßt.

Dieser wird damit nämlich ein für allemal der empirischen Kritik und Überprüfung entzogen. Die Verelendungstheorie braucht strenggenommen nicht einmal mehr stillschweigend uminterpretiert zu werden, wenn sie versagt hat¹⁰⁾. Die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Verelendung wird überflüssig. Das Zauberwort für diese Manipulation heißt „Tendenz“. Schon Marx hatte über sein „absolutes, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ gesagt: „Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“¹¹⁾

Was wird mit der Aussage erreicht, die kapitalistische Produktion enthalte die „Tendenz“ zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse? Offenbar kann man jetzt etwas behaupten, ohne durch Tatsachen widerlegt werden zu können. Wenn jemand sagt, es herrsche augenblicklich eine „Tendenz“ zum Regnen, und es regnet nicht, dann wird er sagen, daß er ja auch nur eine „Tendenz“ behauptet, nicht aber tatsächlich und definitiv Regen prophezeit habe. Andererseits: Wenn es wirklich regnen sollte, dann vermag der Wetterprophet immer darauf hinzuweisen, daß er die „Tendenz“ dazu ja festgestellt habe, er *im Grunde* also schon lange wußte, daß es regnen würde. Treffer nimmt er für sich in Anspruch, Fehlschläge treffen ihn nicht.

Wenn das nicht „fröhliche Wissenschaft“ ist, dann ist es zumindest *Prophetie ohne Risiko*. Den Grenzfall dieser vergnüglichen Strategie stellt ein tautologischer Satz — also ein Satz, der aus logischen Gründen immer wahr ist — dar, wie ihn der Volksmund formuliert: Wenn der Hahn krähet auf dem Mist, dann ändert sich das Wetter, oder es bleibt wie es ist. Mit Meteorologie oder Landwirtschaft oder Wissenschaft überhaupt hat das natürlich nichts zu tun.

Oskar Lange bietet in seiner Analyse die verschiedensten „Faktoren“ und „Gegentendenzen“ als „Erklärung“ dafür an, warum sich die „Verelendungstendenz“ jeweils nicht gezeigt hat. Es sind u. a. die „Einsicht in herrschenden Kreisen der kapitalistischen Gesellschaft“, daß die Verelendung der Arbeiter das System selbst bedroht¹²⁾, die fortschreitende „Organisation der Arbeiterklasse“ — gemeint ist wohl die Bildung von Gewerkschaften — und ihr Klassenkampf¹³⁾, der „Imperialismus“, die Konkurrenz mit den sozialistischen Gesellschaftssystemen¹⁴⁾, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität¹⁵⁾. Dem Problem, ob Lange mit seinen „Faktoren“ nicht wesentliche marxistische Positionen preisgegeben hat — denn er scheint die Möglichkeit demokratischer Reformen ohne Revolution, ohne Umsturz des gesamten „Systems“ zu konzedieren —, soll hier nicht weiter nachgegangen werden.

Offenbar ist es nur eine Frage der Phantasie und gewisser historischer und sozialökonomischer Grundkenntnisse, ob einem jeweils eine neue „Tendenz“ oder ein neuer „Faktor“ ein-

⁹⁾ Vgl. Oskar Lange, a. a. O., S. 114.

¹⁰⁾ Vgl. dazu auch Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln 1959, S. 6 ff.

¹¹⁾ Karl Marx, a. a. O., S. 674.

¹²⁾ Vgl. Oskar Lange, a. a. O., S. 116.

¹³⁾ Vgl. ebd., S. 117.

¹⁴⁾ Vgl. ebd., S. 118.

¹⁵⁾ Vgl. ebd., S. 119.

fallen, die eine *Pseudo-Erklärung* für das Ausbleiben der Verelendung liefern. Aber selbst wenn hier einmal ein Engpaß auftreten sollte, könnte man ruhigen Gewissens zugeben, noch nichts gefunden zu haben und auf weitere Forschungen verweisen.

Irgendein „hemmender Faktor“ muß nach dieser abenteuerlichen Logik doch einfach vorhanden sein, wenn keine Verelendung zu beobachten ist! Man muß nur fest an das „absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ glauben, dann wird man mit Hilfe eines solchen Zirkelschlusses mit allen widerspenstigen Tatsachen fertig. So kann man, wie Oskar Lange, ohne jedes Risiko behaupten:

„Abschließend stellen wir fest, daß die kapitalistische Akkumulation tatsächlich die Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse ... enthält. Diese Tendenz trat jedoch nur in den Anfangsphasen des Kapitalismus voll in Erscheinung, später wurde sie kompensiert und überkompensiert ...“¹⁶⁾

„So also ist die Theorie der wachsenden absoluten Verelendung der Arbeiterklasse als Prognose und Verallgemeinerung falsch, richtig ist sie dagegen als Feststellung einer der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Tendenz, die ... überall dort wirkt, wo sich keine ihr zuwiderhandelnden gesellschaftlichen Kräfte geltend machen.“¹⁷⁾

Durch eine derartig *doppelbödig* konstruierte Theorie gewinnt man offenbar einen totalen Spielraum gegenüber der Realität, der sich politisch recht gut verwenden läßt und gegen den „Kapitalismus“ auch weidlich verwandt worden ist.

Schon im „Kommunistischen Manifest“ ist nichts von der vorsichtigen Einschränkung der Verelendungstheorie auf eine „Tendenz“ zu spüren, wodurch die Tendenz allerdings nur noch deutlicher wird. Es heißt dort:

„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse zu bleiben ... Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Exi-

stenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“¹⁸⁾

Man kann nicht mit Sicherheit behaupten, die marxistischen Verelendungstheoretiker hätten ihr hundertjähriges Rückzugsgefecht gegen die Tatsachen inzwischen eingestellt. Hin und wieder, meist bei aktuellen Anlässen, wenn irgendwelche sozialen Mißstände bekanntwerden, taucht der alte Vorwurf erneut auf, die Arbeiterklasse verelende eben doch, und der Kapitalismus habe seine brutale Fratze wieder einmal enthüllt. Zur logischen Problematik derartiger „Beweise“ von umfassenden Theorien durch passende Tatsachen braucht hier wohl nichts mehr gesagt zu werden.

Zumindest die westlichen Marxisten scheinen die Verelendungstheorie unter dem repressiven Druck der Fakten außer Dienst gestellt zu haben. Das besagt aber nicht, daß sie sie nicht in anderer Form beibehalten. Man braucht den Begriff der Verelendung ja nur weit genug zu fassen, damit er *alle* sozialen Übel einschließt, die dann dem „Kapitalismus“ angelastet werden können. So machte die Verelendungstheorie einen qualitativen Sprung in das andere Extrem durch. Meinte Marx ein Elend des *Mangels*, so scheint nach Ansicht moderner Marxisten jetzt das Elend im *Überfluß* zu liegen.

Um nicht im eigenen Überfluß zu ersticken, muß der sogenannte Kapitalismus unter Aufgebot seines raffinierten Manipulationsapparates die Arbeiterklasse zum Konsum seiner Güter zwingen, indem er ihren Mitgliedern alle möglichen Bedürfnisse suggeriert, die sie in Wahrheit gar nicht haben. Mit einer Wendung, die das Comeback der alten Verelendungstheorie andeutet, wird dann gern behauptet, daß die „wahren“ oder „wirklichen“ Bedürfnisse des Arbeiters, die in seinem „wohlverstandenen Interesse“ liegenden, nicht oder nur ungenügend befriedigt würden. So entsteht ein „Elend im Überfluß“ (Gorz).

Wer ein Monopol für die Kenntnis dieser „wahren“ Bedürfnisse zu besitzen glaubt, kann darüber natürlich leicht urteilen¹⁹⁾. Das an-

¹⁶⁾ Ebd., S. 119.

¹⁷⁾ Ebd., S. 120.

¹⁸⁾ Karl Marx, Die Frühschriften, hrsg. v. Siegfried Landshut, Stuttgart 1964, S. 538.

¹⁹⁾ Vgl. z. B. Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1968, S. 704 ff.

genehm gruselige Thema von den „geheimen Verführern“, die die Menschen gegen ihren Willen zum Kauf von überflüssigem Tand und wertlosem Plunder nötigen, findet gegenwärtig ja das offene Ohr des Publikums²⁰⁾. Zumindest damit scheint also ein öffentliches Bedürfnis im „Kapitalismus“ befriedigt zu werden.

Derartige Theorien kommen ja auch den sehr populären *Verschwörungstheorien* der Gesellschaft und Politik entgegen, wie sie auch vom Vulgärmarxismus verbreitet wurden und werden. Nach ihnen betätigt sich eine listige Verschwörergruppe, die sich je nach Variante aus Faschisten, Christen, Juden, Monopolisten, Imperialisten, Kommunisten, Kapitalisten, Engländern, Freimaurern, Jesuiten usw. rekrutiert, planmäßig als Drahtzieher und Kulissenschieber von Weltpolitik und Weltgeschichte. Mit dem Handeln dieser jeweiligen Verschwörergruppe werden dann *alle* Ereignisse scheinbar recht plausibel erklärt. Unglücklicherweise „passen“ die sogenannten Tatsachen auf *alle Varianten* von Verschwörungstheorien, so daß sie demnach als gleich wahr angesehen werden müßten, obwohl sie einander doch ausschließen. Das zeigt die Unhaltbarkeit eines solchen methodischen Vorgehens.

Der angeblich erzwungene Konsum und das ungeheuer aufgeblähte Vertriebs- und Verkaufsförderungssystem vermögen aber nach Auffassung moderner westlicher Marxisten den enormen Ausstoß der kapitalistischen „Produktionsmaschinerie“ noch nicht zu absorbieren. Deshalb sind noch gezielte staatliche Vernichtungs- und Vergeudungsaktionen zur Beseitigung des erdrückenden Überflusses erforderlich²¹⁾. Dazu zählen z. B. Rüstungs- und Militärausgaben, Weltraumforschung und nach Kozlik sogar die Entwicklungs- und Auslandshilfe²²⁾.

Den Höhepunkt der Verelendungstheorie des Überflusses — um nicht zu sagen: Überdrusses — markieren die Arbeiten von Herbert Marcuse²³⁾. Bei ihm zeigt sich der nackte *Ekel vor*

²⁰⁾ Vgl. Vance Packard, *Die geheimen Verführer. Der Griff nach dem Unbewußten in jedermann*, Düsseldorf - Wien 1958. Vgl. zur Kritik: Willi Bongard, *Männer machen Märkte. Mythos und Wirklichkeit der Werbung*, Oldenburg/Hamburg 1964, S. 9 ff., 19 ff. und passim.

²¹⁾ Vgl. dazu Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt 1967.

²²⁾ Vgl. Adolf Kozlik, *Der Vergeudungskapitalismus*, Wien - Frankfurt - Zürich 1966, S. 359 ff.

²³⁾ Vgl. z. B. Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, 5./6. Aufl., Neuwied und Berlin 1967; ders., *Befreiung von der Überflußgesellschaft*, in: *Dialektik der Befreiung*, hrsg. v. D. Cooper, Reinbek 1969, S. 90 ff.

der *Konsumgesellschaft*, der aber wohl mehr einem Kulturpessimismus und der irrationalistischen Feindschaft gegenüber der modernen Industriezivilisation zuzurechnen ist, wie er sich auch bei konservativen Kulturkritikern und Verfalls- und Untergangspropheten findet²⁴⁾. Marcuse ist als Neu-Romantiker einzustufen. Das ist inzwischen von Marxisten und anderen Linken erkannt und literarisch ausgiebig diskutiert worden²⁵⁾, so daß der ohnehin großen Verschwendung auf diesem Gebiet hier nicht noch eine neue hinzugefügt zu werden braucht.

Bemerkenswert und besorgniserregend zugleich ist aber die Tatsache, daß Marcuses marxistisch auffrisierter Romantizismus so lange das Programm der linken Studentenbewegung sein konnte. Das von Sigmund Freud analysierte „Unbehagen in der Kultur“ scheint wieder virulent geworden zu sein²⁶⁾.

Auf einen Studenten oder anderen Staatsbürger eines Entwicklungslandes muß es geradezu gespenstisch wirken, wenn er Zeuge davon wird, wie die gegenwärtige sozialökonomische Lage in den Industriestaaten von den Marxisten und Marcuse als „Verelendung im Überfluß“ verdammt wird²⁷⁾. Genau solch einen Wohlstand zur Beseitigung von Hunger, Krankheit und Unwissenheit wünscht er sich und muß jetzt erfahren, daß damit alles nur noch schlimmer würde.

Zu der naiven Vorstellung vom „Überfluß“ in der heutigen Gesellschaft ist zu sagen, daß sie *Fehlinvestitionen* und *Fehlproduktionen* für den anonymen Markt mit Überfluß verwechselt. Das wirkliche Ärgernis der Agrarüberschüsse in der EWG ist jedoch in keiner Weise dem sogenannten Kapitalismus in die —

²⁴⁾ Vgl. dazu Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, Bern - Stuttgart - Wien 1963. — Eine Analyse der gängigen Werke des „linken“ Kulturpessimismus steht leider noch aus.

²⁵⁾ Vgl. dazu: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Revolutionärer Eros*, in: *Merkur*, 21 (1967); Jürgen Habermas (Hrsg.), *Antworten auf Herbert Marcuse*, Frankfurt 1968; Hans Heinz Holz, *Utopie und Anarchismus. Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses*, Köln 1968; Ulrich Geisler und Helmut Seidel, *Die romantische Kapitalismuskritik und der utopische Sozialismusbegriff H. Marcuses*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 17 (1969), S. 409 ff.; Robert Steigerwald, *Herbert Marcuses dritter Weg*, Köln 1969.

²⁶⁾ Vgl. Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur*, Frankfurt und Hamburg 1965.

²⁷⁾ Vgl. dazu Rolf Hochmuth, *Der alte Mythos vom „neuen“ Menschen*, in: *Club Voltaire IV*, hrsg. v. G. Szczesny, Reinbek 1970, S. 112 ff.

nicht vorhandenen — Schuhe zu schieben. Die Überschüsse sind vielmehr Folge agrarprotektionistischer Interventionen der Mitgliedstaaten. Hätte man die sogenannten Gesetze des Marktes frei spielen lassen, dann wären die überzähligen Bauern schnell und erbarmungslos in die Arbeitsplätze der Industrie gebracht worden, die heute in der Bundesrepublik von Gastarbeitern ausgefüllt werden. Nicht zuletzt aus menschlichen Gründen hat der „Spät-Kapitalismus“ diesen Weg aber gerade nicht beschritten

Die Ablehnung der marxistischen Verelendungstheorie aus wissenschaftstheoretischen Gründen, wie sie hier vertreten wurde, ist weitgehend unabhängig von Fakten und faktischen Behauptungen. Der Vorwurf gegen diese Theorie besteht ja vor allem darin, daß sie mit Hilfe einer apologetischen Immunisierungs- und Alibistrategie vor Widerlegungen abgeschirmt und folglich mit *allen nur denkbaren* Sachverhalten vereinbar gemacht wird. Wenn also hin und wieder Tatsachenargumente eingeflochten wurden, so geschah dies mehr zu Illustrationszwecken.

Die empirische Unwahrheit der Verelendungstheorie scheint darüber hinaus recht offensichtlich zu sein, wenn man die Verhältnisse in den „kapitalistischen“ Ländern berücksichtigt. Trotzdem sollen aus den eingangs dargelegten Gründen und wegen der Themenstellung dieses Aufsatzes empirische Argumente nicht überbetont werden. Hier geht es vor allem darum, logische und wissenschaftstheoretische Kriterien zu entwickeln. Andererseits ist es wohl gestattet, auf *marxistische* Theoretiker hinzuweisen, die die Verelendungstheorie ebenfalls aus faktischen Gründen für falsch halten.

Als Beispiel mag dafür das Büchlein „Anmerkungen zu Marx — heute“ von Fritz Sternberg dienen²⁸⁾. Sternberg gibt seine marxistische Grundposition keineswegs auf. Nach seiner Ansicht ist Marx bei der Verelendungstheorie lediglich ein Kunstfehler unterlaufen. Sternbergs Fazit lautet: „Es ist die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion, den durchschnittlichen Normallohn zu heben, und nicht, ihn zu senken.“²⁹⁾ (Diese Formulierung leidet übrigens an ähnlichen Mängeln wie

Marxens „absolutes, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“. Auch in methodologischer Hinsicht verleugnet Sternberg also nicht, daß er Marxist geblieben ist.) — Als Marxisten, die die Verelendungstheorie für falsch halten, wären des weiteren Baran, Sweezy und Kozlik zu nennen. Ebenso gehört Oskar Lange im Grunde zu dieser Gruppe.

Gibt es im sogenannten Spät-Kapitalismus also gar kein Elend mehr? Diese Frage muß man wohl verneinen, und es wäre ein großes Mißverständnis, wenn den wissenschaftstheoretischen Ausführungen in diesem Aufsatz etwas Derartiges entnommen worden wäre. Paradiesische Zustände herrschen in der Gegenwartsgesellschaft bei weitem noch nicht. Aber wie der französische Marxist André Gorz mit Recht ausführt, gehören die Benachteiligten in der heutigen Gesellschaft keiner homogenen Bevölkerungsschicht oder sogar Klasse an³⁰⁾. Es sind vielmehr Menschen in bestimmten benachteiligten Regionen eines Landes, in schrumpfenden Wirtschaftszweigen sowie Kleinbauern, Alte, Arbeitslose und Arbeiter ohne Berufsausbildung³¹⁾.

Um deren mißliche Lage wissenschaftlich zu erklären, braucht man keineswegs auf die unhaltbare marxistische Verelendungstheorie zurückzugreifen. Die genannten Fälle können nicht einmal zur Illustration dieser Theorie benutzt werden, denn sie bezieht sich auf die *ganze* Arbeiterklasse, die „Lazarusschicht“, die nach und nach die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausmachen sollte.

Der naheliegende *Trick*, die Theorie entsprechend umzuinterpretieren, passend zu machen und damit zu retten, braucht hier wohl nicht weiter diskutiert zu werden, nachdem bereits genügend Beispiele für eine solche Alibi-Strategie vorgeführt wurden. — Soviel zum Elend der Verelendungstheorie.

Die exemplarische wissenschaftstheoretische Kritik hatte die Funktion, zu zeigen, welche rationalen Kritik-Möglichkeiten gegenüber politisch-sozialen Konzeptionen und Reformargumenten auch ohne besondere Kenntnisse von Tatsachen zur Verfügung stehen. Logik und Wissenschaftstheorie erweisen sich als scharfe Waffen.

²⁸⁾ Vgl. Fritz Sternberg, Anmerkungen zu Marx — heute, Frankfurt 1965.

²⁹⁾ Fritz Sternberg, a. a. O., S. 8.

³⁰⁾ Vgl. André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt 1967, S. 7.

³¹⁾ Vgl. ebd., S. 8.

III. Eine Notiz zur Imperialismustheorie

Aus Raumgründen können nur einige wenige Bemerkungen zur marxistischen Imperialismustheorie angeschlossen werden³²⁾. Um es vorwegzunehmen: Die Imperialismustheorien müssen wissenschaftstheoretisch wie die dargelegten Manöver der Verelendungstheoretiker als Immunisierungs- und Alibi-Strategien betrachtet werden. Sie sollen — wie bei der Behandlung von Lange schon erwähnt — nicht nur die Verelendungstheorie retten, sondern auch die gesamte Marxsche Prophezeiung vom Untergang des „Kapitalismus“.

Dieser ist bekanntlich noch immer nicht untergegangen und wird nach Sweezy auch noch viele derartige Prophezeiungen überleben³³⁾. Dem „tendenziellen Fall der Profitrate“ und der Verelendung der Arbeiterschaft im Kapitalismus wird nach den Imperialismustheorien durch Auslandsinvestitionen in den Kolonialländern entgegengewirkt. Die Arbeiter in den entwickelten Industriestaaten profitieren indirekt von der Ausbeutung der Kolonialländer und verbürgerlichen zunehmend.

Mit dieser Theorie schlagen die Marxisten gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: Das Versagen der Verelendungstheorie wird scheinbar bedeutungslos, der Fehlschlag der Untergangstheorie wird entschärft und für das Versickern des Klassenkampfes in den Industriestaaten wird eine Entschuldigung gefunden. Der Klassenkampf innerhalb des sogenannten Spät-Kapitalismus erfährt eine Umdeutung in einen Kampf zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Man ersetzt den Antagonismus von Klassen kurzerhand durch

einen Antagonismus von Staaten, umschreibt dies aber euphemistisch mit der Behauptung, der Klassenkampf sei in unserer Zeit völlig international geworden³⁴⁾. Die innerstaatlichen Klassengegensätze scheinen für Baran und Sweezy zum Teil in Rassenkonflikte übergegangen zu sein, obwohl sie darauf hinweisen, daß die Rassenprobleme der USA keine Schöpfung des „Monopolkapitalismus“ seien³⁵⁾.

Angesichts dieser Argumentationsweisen fühlt man sich zu der Vermutung provoziert, daß — solange es *irgendwelche* unbefriedigenden sozialen Zustände gibt — die Marxisten diese jeweils als die neuesten Auswüchse des neuesten *Bindestrich-Kapitalismus* und als Bewahrheitung ihrer Theorien betrachten werden.

Auch die wissenschaftstheoretische Kritik an der marxistischen Imperialismustheorie richtet sich natürlich nur gegen den Anspruch, eine wissenschaftlich fundierte Aussage über das Phänomen „Imperialismus“ zu machen und deren Verwendung als Alibi-Instrument. Keineswegs soll hier geleugnet werden, daß es so etwas wie „Imperialismus“ gegeben hat oder gibt.

Imperialistisches Handeln kann man schon im alten Ägypten und im Rom der frühen Kaiser feststellen. Der Imperialismus der Sowjetunion vor dem Hintergrund der panslawistischen, großrussischen und nationalistischen Expansionstraditionen dieses Landes ist auch nicht zu verkennen³⁶⁾. Gerade dieses Beispiel läßt jedoch starke Zweifel an der auf den angeblichen ökonomischen Erfordernissen des „entwickelten“ Kapitalismus beruhenden marxistischen Imperialismustheorie aufkommen³⁷⁾.

³²⁾ Vgl. zu einem kurzen Überblick über die verschiedenen Varianten von Imperialismustheorien Lutz Köllner, *Der Imperialismus in marxistischer Sicht*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 30/64 vom 22. Juli 1964.

³³⁾ Vgl. Paul M. Sweezy, *Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie*, Frankfurt 1970, S. 7.

³⁴⁾ Vgl. Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, *Monopolkapital*, a. a. O., S. 18.

³⁵⁾ Vgl. ebd., S. 239.

³⁶⁾ Vgl. Lutz Köllner, a. a. O., S. 3 f.

³⁷⁾ Vgl. zur Kritik auch Arthur Salz, *Das Wesen des Imperialismus*, Leipzig und Berlin 1931, S. 38 ff.

IV. Die marxistische Ideologienlehre und ihre Konsequenzen

Eingangs ist davon gesprochen worden, daß wir uns ein kritisches Urteil über den Wert von politischen und gesellschaftlichen Argumenten, Theorien und Reformprogrammen bilden müßten. Zu diesem Zweck wurden einige logische und wissenschaftstheoretische Kriterien erörtert. Die stillschweigende Voraussetzung dabei war offenbar, daß dem Menschen dies auch möglich ist. Das erscheint selbstverständlich, wird aber bestritten. Dies hauptsächlich von Anhängern des weltanschaulichen Determinismus, unter ihnen auch den Marxisten. Der Determinismus, der Glaube an historische Entwicklungs-„Gesetze“, scheint strukturell einen erkenntnistheoretischen Relativismus nach sich zu ziehen. Ein „bürgerliches“ Beispiel hierfür ist die Mannheimsche Wissenssoziologie.

Die marxistische Ideologienlehre bricht mit dem *erkenntnisdemokratischen* Postulat der Aufklärung, nach dem alle Menschen in gleicher Weise zur Wahrheitserkenntnis in der Lage sind, eine gewisse Schulung und Ausbildung natürlich vorausgesetzt. Für den Marxisten hat alle Erkenntnis ideologischen Charakter und ist durch die Klassenposition des einzelnen Menschen determiniert. Ernst Bloch formuliert diesen Sachverhalt folgendermaßen:

„Das Denken muß parteilich sein und ist es immer gewesen. Heute leugnen das nur noch diejenigen ab, die ihre Farbe verstecken müssen oder sich über sie nicht klar sind. Auch die bürgerliche Wissenschaft war nie eine neutrale, obwohl sie sich darüber in falschem Bewußtsein wiegt. Es ist nicht schwer, diese Selbsttäuschung zu beheben. — Der einsamste Forscher kann nicht umhin, ein Sohn seiner Zeit zu sein. Er teilt mit seiner Klasse die wirtschaftlichen Voraussetzungen, er erhält von diesen den sozialen Auftrag, er bewegt sich in der ideologischen Weite, aber auch Grenze seiner Gesellschaft. . . . Die herrschenden Gedanken einer Zeit entsprechen der Denkweise der in ihr herrschenden Klasse, und noch wo sie ihr widersprechen, sind sie auf sie bezogen. — Das Bild einer sogenannten reinen Wissenschaft ist also subjektiver Schein. Dieser Schein entstand nur, weil die ökonomisch-sozialen Voraussetzungen der jeweils geübten Methode nicht reflektiert worden sind.“³⁸⁾

³⁸⁾ Ernst Bloch, *Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt*, in: ders., *Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie*, Gesamtausgabe Bd. 10, Frankfurt 1969, S. 330 f.

Was ist dazu zu sagen? Eine solche Position zerstört die Vernunft und etabliert den Irrationalismus in der Wissenschaft. Das zeigt sich schon daran, daß diese erkenntnistheoretische Position sich logisch selbst widerspricht und damit auch selbst zerstört.

Zur Darstellung dieses logischen Arguments soll das relativistische Erkenntnisprinzip einmal in folgendem Satz formuliert werden:

„Kein Satz ist absolut wahr, alle Sätze sind unvermeidlich relativ auf den sozialen . . . Standort ihrer Urheber.“³⁹⁾

Nach dieser Aussage würden also — wie schon erwähnt — die hier angestellten wissenschaftstheoretischen Überlegungen und die damit verbundene Kritik am Marxismus keinerlei Wahrheitsanspruch stellen können. Sie wären relativ — Klassenideologie.

Nun sagt der formulierte Satz etwas über *alle* Sätze aus. Folglich auch über sich selbst und seinen eigenen Wahrheitswert. Wenn *alle* Sätze unvermeidlich relativ auf den sozialen Standort ihrer Urheber sind, dann ist es auch dieser Satz. Er kann also nicht wahr sein. Der Satz, der das relativistische Erkenntnisprinzip ausdrückt, ist deshalb als erkenntnistheoretisches Grundpostulat wegen innerer Selbstwidersprüchlichkeit unbrauchbar⁴⁰⁾.

Setzt man erkenntnistheoretisch das Sein vor das Bewußtsein, die Klassenzugehörigkeit vor das Denken, so ergeben sich notwendigerweise Selbstwidersprüche. Dies kann auch an folgender Überlegung klargemacht werden: Wenn die These von der sozialen Standortgebundenheit des Denkens als wahr akzeptiert wird, dann tut man das doch offenbar durch irgendeinen Denkakt⁴¹⁾. Dieser ist also die Voraussetzung dafür, daß wahre Erkenntnisse überhaupt formuliert werden können. Sogar wenn sich das Denken selbst die Erkenntnisfähigkeit abspricht, wird es gebraucht. Es soll demnach erkennen, daß es gar nicht zur Erkenntnis befähigt ist!

Das ist offensichtlich ein eklatanter Widerspruch. Er kommt dem Ansinnen gleich, einer Person, die wegen Geistesschwäche entmün-

³⁹⁾ Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Bd. II: *Falsche Propheten*. Hegel, Marx und die Folgen, Bern 1958, S. 455.

⁴⁰⁾ Vgl. ebd., S. 453 ff.

⁴¹⁾ Vgl. dazu auch Ernst Grünwald, *Das Problem der Soziologie des Wissens*, (Nachdruck d. Ausg. Wien 1934), Hildesheim 1967, S. 228 ff.

digd werden soll, die Kompetenz zuzusprechen, das Entmündigungsurteil gegen sich selbst zu fällen oder als Schöffe daran mitzuwirken.

Der erkenntnistheoretische Ideologieverdacht, der die *Möglichkeit* objektiver Erkenntnis verneint, bedeutet daher intellektuellen Selbstmord, daß heißt reine Irrationalität. Soweit das logische Argument. Es ist übrigens in gleicher Weise auf die Marcusesche Behauptung von der totalen Manipulation und Repression anzuwenden, soweit diese erkenntnistheoretisch gemeint ist ⁴²⁾.

Eine Wissenschaft kommt nicht ohne wahre Aussagen aus, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Der erkenntnistheoretische Relativismus ist schon rein psychologisch auf die Dauer keine tragbare Position und muß deshalb überwunden werden. Der Marxismus hat sich durch die Denunziation der Vernunft als Ideologie jedoch den Rückweg zu den erkenntnistheoretischen, das heißt demokratischen Prinzipien der Aufklärung versperrt. Seine Lösung des Erkenntnis- und Wahrheitsproblems soll durch ein Zitat des russischen Marxisten I. S. Kon demonstriert werden:

„Das Klasseninteresse der fortschrittlichen, revolutionären Klasse, die die Arbeiterklasse ist, deckt sich mit der objektiven Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie, die Arbeiterklasse, ist brennend an der richtigen Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert, deshalb ist ihre Ideologie, ohne damit aufzuhören, der Ausdruck ihrer Klasseninteressen zu sein, objektiv wahr, ihrem Charakter nach wissenschaftlich.“ ⁴³⁾

Alle Erkenntnis ist also Ideologie, aber es gibt eine „wahre Ideologie“. Sie ist identisch mit der Wahrheit.

An dieser Lösung sind folgende zwei Aspekte zu kritisieren:

1. Man kann nach dieser Ideologieauffassung der Wahrheit nur noch mit Hilfe der marxistischen Geschichtstheorie feststellen, ob eine Aussage wahr ist oder nicht. Mit anderen Worten: Das Wahrheitskriterium steht und fällt mit der marxistischen Theorie, es *setzt deren Wahrheit schon voraus*.

Was ist aber, wenn man diese Theorie selbst einmal auf ihre Wahrheit kritisch prüfen will?

⁴²⁾ Vgl. dazu Christian Watrin, Spätkapitalismus?, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsg. v. E. K. Scheuch, Köln 1968, S. 50 ff.

⁴³⁾ I. S. Kon, Die Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhunderts, Bd. II, Berlin 1966, S. 126.

Dafür gibt es im Marxismus kein Kriterium. Es ist überhaupt nicht vorgesehen. Ein Marxist kann folglich die Grundlagen seiner Lehre nicht ernsthaft kritisch reflektieren, sie nicht mit einem unabhängigen Wahrheitstest konfrontieren. Sie ist ein dogmatisches System, an das man nur *glauben* kann.

Hier rächt sich die Entmündigung der Vernunft durch die ideologische Totaldenunziation. Eine rationale Erkenntnistheorie ist im Marxismus nicht möglich. Vor jeder rationalen Überlegung steht die dogmatisierte Geschichtstheorie, die den Vernunftgebrauch reglementiert. (So wird auch verständlich, warum Marxisten ihre Theorien immer nur durch Tatsachen bewahrheiten wollen und sie nicht kritisch testen. Die Wahrheit und Unantastbarkeit ihrer Theorien ist ihnen selbstverständlich.)

Jede Kritik, die nicht von der unumstößlichen Wahrheit der marxistischen Lehre ausgeht — womit sie ihren Charakter als Kritik ja von vornherein verlieren würde —, kann nur als Klassenideologie „entlarvt“ werden. Eine rationale Diskussion zwischen Mitgliedern verschiedener Klassen ist unmöglich, die Kluft unüberbrückbar. Der Partner ist ja der Klassenfeind. So degeneriert der wissenschaftliche Disput und Dialog zu einem ideologischen Schlagabtausch

2. Das Wahrheitskriterium für wissenschaftliche Aussagen wird mit deren *Herkunft* gekoppelt. Die Aussagen der kapitalistischen Ideologen sind falsch, die der proletarischen dagegen wahr. Man hat diese *aristokratische* Erkenntnisauffassung treffend als *Elitetheorie der Wahrheit* bezeichnet ⁴⁴⁾. Wahr ist nicht, was den Tatsachen entspricht, sondern was sich in „Übereinstimmung“ mit den sogenannten Entwicklungstendenzen der Geschichte befindet, die von der fortschrittlichen Arbeiterklasse repräsentiert werden. Damit ist die „Klassenwahrheit“ geboren.

Hier ist anzumerken, daß sich eine derartige Elitetheorie der Wahrheit nicht nur im Marxismus findet. Hauptsächlich alle deterministischen Systeme sind zu ähnlich personalistischen Lösungen gezwungen. So mußte Karl Mannheim seine sogenannte Freischwebende Intelligenz einführen, die vom totalen Ideologieverdacht befreit wird. Außerdem gibt es *Rassentheorien* der Wahrheit. Ein Beispiel aus der neueren Zeit wird im folgenden zitiert. Es stammt von Carl Schmitt, aus dessen Buch

⁴⁴⁾ Vgl. Christian Watrin, a. a. O., S. 52.

„Staat, Bewegung, Volk“, das im Jahre 1933 erschien:

„Es ist eine erkenntnistheoretische Wahrheit, daß nur derjenige imstande ist, Tatsachen richtig zu sehen und Eindrücke von Menschen und Dingen richtig zu bewerten, der in seiner seinsmäßigen, artbestimmten Weise an der . . . Gemeinschaft teilhat und existentiell ihr zugehört. Bis in die tiefsten, unbewußtesten Regungen des Gemüts, aber auch bis in die letzte Gehirnfaser hinein, steht der Mensch in der Wirklichkeit dieser Volks- und Rassenzugehörigkeit. . . Ein Artfremder mag sich noch so kritisch gebärden und noch so scharfsinnig bemühen, mag Bücher lesen und schreiben, er denkt und versteht anders, weil er anders geartet ist, und bleibt bei jedem entscheidenden Gedankengang in den existentiellen Bedingungen seiner eigenen Art. Das ist die objektive Wirklichkeit der ‚Objektivität‘.“⁴⁵⁾

Angesichts dieser Haltung verwundert es kaum noch, daß die Relativitätstheorie einmal nur als eine „jüdische Wahrheit“ galt, weil Einstein Jude war.

Es ist keineswegs beabsichtigt, den Marxismus mit der NS-Rassenlehre vergleichen zu wollen. Hier geht es nur um erkenntnistheoretische Strukturidentitäten, die in der Tat nicht zu leugnen sind. Eine Erkenntnistheorie, die von privilegierten — nicht allgemeiner Überprüfung durch alle Menschen unterliegenden — Erkenntnissen ausgeht und das Erkenntnismonopol einer selbsternannten Elite überläßt, ist nicht akzeptierbar. Wie sollte man auch wissen, welches die „richtige“ Elite ist? Die Freischwebende Intelligenz, eine Klasse oder eine Rasse?

Aber diese personalistische Lösung des Wahrheits- und Objektivitätsproblems ist nicht der Hauptkritikpunkt. Sie ist nur ein Symptom, wenn auch ein charakteristisches. Das Hauptargument besteht darin, daß die marxistische Theorie in dogmatischer Form von vornherein als wahr unterstellt wird. Von der Vernunft kann sie nicht kritisch reflektiert, sondern nur akzeptiert werden. Diese wird demnach als abhängig und determiniert durch äußere Sachverhalte gedacht. Das kommt der Preisgabe der Rationalität gleich. Denn nun entscheiden auch faktische Verhältnisse über den Erkenntnischarakter von Aussagen. Die Vernunft wird als ein Teil dieser Verhältnisse vom histori-

schen Entwicklungs-„Gesetz“ relativiert. Dieser erkenntnistheoretische Antirationalismus hat verhängnisvolle Konsequenzen⁴⁶⁾.

Das Beispiel, an dem dies gezeigt werden soll, demonstriert gleichzeitig die engen Beziehungen zwischen erkenntnistheoretischen und politischen Grundsatzfragen⁴⁷⁾. Der amerikanische Marxist Paul M. Sweezy schreibt in seinem Buch „Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie“ folgendes:

„Sind die Marxisten berechtigt zu dem Schluß, sie hätten, weil der Marxismus eine Sozialwissenschaft ist, das Recht — angenommen, sie hätten die Macht —, oppositionelle Meinungen zu unterdrücken? Die Antwort lautet: nein. Nicht Unterdrückung anderer Meinungen, sondern Aufklärung ist die wissenschaftliche Intention des Marxismus. Aber Menschen aufzuklären und zu erziehen ist nur dann möglich, wenn die Bedingungen, die Unwissenheit, Aberglauben und falsche Theorien begünstigt haben, abgeschafft sind — das heißt, wenn die Gesellschaft auf das rationale Prinzip geplanter Produktion für die allgemeine Wohlfahrt gegründet ist.“⁴⁸⁾

Man kann also nicht vor dem Umsturz darüber diskutieren, ob der Umsturz überhaupt sinnvoll ist. Die Theorie, nach der dieser erforderlich ist, um die Bedingungen für Rationalität erst herzustellen, unterliegt keiner rationalen Kontrolle oder Kritik. Wer kritisiert, zeigt höchstens sein falsches Bewußtsein. Verstand und Vernunft sind damit auch im politischen Bereich weitgehend ausgeschaltet. Irrationalismus in der Politik bedeutet aber *Gewaltanwendung*. Das zeigt das nächste Zitat von Sweezy mit aller Deutlichkeit:

„Es ist offenkundig, daß der Marxismus sich nicht auf die Wissenschaft beruft als eine Rechtfertigung, um oppositionelle Meinungen zu unterdrücken. Unglücklicherweise jedoch

⁴⁶⁾ Vgl. auch Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1961, S. 289 f.

⁴⁷⁾ Vgl. zum Zusammenhang von Erkenntnistheorie und Politik: Karl R. Popper, On the Sources of Knowledge and Ignorance, a. a. O., S. 3 ff.; J. W. N. Watkins, Epistemology and Politics, in: Proceedings of the Aristotelian Society, 1957, S. 80 ff.; Ralf Dahrendorf, Ungewißheit, Wissenschaft und Demokratie, in: Argumentationen, Festschrift für Josef König, hrsg. v. H. Delius und G. Patzig, Göttingen 1964, S. 43 ff.; Gerd Fleischmann, Wissenschaftstheorie und Demokratie, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 13. Jahr, Tübingen 1968, S. 32 ff.

⁴⁸⁾ Paul M. Sweezy, Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie, a. a. O., S. 90.

⁴⁵⁾ Zitiert nach Ernst Topitsch, Mythos — Philosophie — Politik. Zur Naturgeschichte der Illusion, Freiburg 1969, S. 159.

ist damit das Problem nicht erledigt. Es gibt Zeiten, insbesondere in Revolutionen, in denen Meinungen so sehr in gesellschaftliche Konflikte einbezogen sind, daß sie zu Waffen werden. Die Marxisten sind Revolutionäre (wenn auch nicht Verschwörer, wie ihre Gegner immer noch glauben), und wann immer sie Erfolg haben, berufen sie sich auf das revolutionäre Recht, die neue Gesellschaft vor der Konterrevolution zu schützen. In verschiedenem Maß, je nach den Bedingungen und dem historischen Hintergrund, kann die Verteidigung einer Revolution die zeitweilige Unterdrückung von Meinungen mit sich bringen. Das ist bedauerlich, und ich meine, alle Marxisten sollten es in der gleichen Weise bedauern, wie sie es bedauern, daß im Verlauf von Revolutionen Menschen ihr Leben ver-

lieren. . . . und sie sollten natürlich nicht Unterdrückung durch selbstgerechte Appelle an die Wissenschaft zu legitimieren suchen." 49)

Ein Kommentar ist dazu wohl kaum noch notwendig. Was hier euphemistisch als „zeitweilige Unterdrückung von Meinungen“ bezeichnet wird, ist die Unterdrückung von Menschen im Namen eines irrationalistischen Dogmas über historische „Notwendigkeiten“, und die Berufung auf das „revolutionäre Recht, die neue Gesellschaft vor der Konterrevolution zu schützen“, ist die Berufung auf das Recht des Stärkeren und ein Blankoscheck für die Anwendung von Gewalt auch in der sogenannten neuen Gesellschaft 50). Liberale Demokratie und Meinungsfreiheit scheinen mit einer solchen Lehre grundsätzlich nicht vereinbar zu sein.

V. Bemerkungen zum Entwicklungsgesetz und zum Spät-Kapitalismus-Begriff

Abschließend noch einige kritische Bemerkungen zur Konzeption des historischen Entwicklungsgesetzes und zum Begriff „Spät-Kapitalismus“ — zentrale Kategorien in der gegenwärtigen neomarxistischen Literatur.

Marx sah die Aufgabe der Sozialwissenschaft in *historischen Großprognosen*, in der Voraussage zukünftiger Entwicklungen. Weil man die Zukunft aber offenbar nur dann vorhersagen kann, wenn sie auch vorherbestimmt ist, führte ihn dies zu einem strengen Determinismus, zu dem Glauben an eiserne Geschichtsgesetze 51). Sein Ziel war es, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enttüllen“. Das brachte ihn in bedenkliche Nähe zu den französischen Positivisten und Materialisten 52).

Der Begriff des Entwicklungs- oder Geschichts-„Gesetzes“ scheint von Anfang an einen Widerspruch zu enthalten. Der Gesetzesbegriff

wird dabei nämlich zweckentfremdet verwandt. Man versteht normalerweise unter einem empirischen Gesetz eine theoretische (oder allgemeine) Aussage über strukturelle Zusammenhänge in der Realität. Dieses kann — weil es allgemein formuliert und gemeint ist — beliebig oft experimentell überprüft und — wenn es sich bewährt — immer angewandt werden. Demgegenüber beschreibt oder behauptet ein sogenanntes Geschichts-„Gesetz“ einmalige zukünftige Ereignisse mit mehr oder minder exakten Worten. So z. B. den Übergang vom „Kapitalismus“ zum „Sozialismus“. Viele angebliche Entwicklungsgesetze entpuppen sich bei näherem Hinsehen auch als bloße *Trends* 53).

Derartige Scheingesetze sind nicht intersubjektiv auf ihre Wahrheit überprüfbar. Man kann nur passiv warten, bis die Prophezeiung, um die es sich ja nur handelt, eintrifft. Wenn deren Zeitpunkt geschickt offengelassen wurde, dann dauert das möglicherweise recht lange. Ebenso halten aber deren ideologische Wirkungen an. Der Gesetzesbegriff wird dabei jedoch mißbraucht.

Er soll vielleicht nur eine Bekräftigung des Determinismus sein oder der Prophetie von der „nahen“ Herankunft des Sozialismus den Anschein naturgesetzlicher Notwendigkeit und Sicherheit verschaffen. Als Bestandteil einer

49) Ebd., S. 91.

50) Vgl. zur zweideutigen Einstellung des Marxismus zum Problem der Gewaltanwendung und der Bedeutung dieses Sachverhalts für die Entstehung des Faschismus: Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. II: *Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen*, a. a. O., S. 193 ff.

51) Vgl. ebd., S. 106 ff.

52) Vgl. zur Kritik am Positivismus in der marxistischen Geschichtsphilosophie neuerdings auch: Jürgen Habermas, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt 1968, S. 59 ff.; Albrecht Wellmer, *Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus*, Frankfurt 1969, S. 69 ff.

53) Vgl. dazu Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. 90 ff. und S. 100 ff.

theoretischen Erfahrungswissenschaft, die nach intersubjektiv überprüfbareren allgemeinen Gesetzen sucht, kann das Marxsche Geschichtsdogma nicht akzeptiert werden.

Das Wort „Spät-Kapitalismus“ ist die kürzeste Aussage des Marxismus über das Schicksal der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Sie ist allerdings ebenso suggestiv wie vage und nichtssagend. Der „Kapitalismus“ ist als eine Art Kollektivsubjekt Gegenstand der Entwicklungs-„Theorie“. Der lapidare Zusatz „Spät“ ist die theoretische Aussage. Er deutet an, daß die Tage dieses „Individuums“ *irgendwann* gezählt sind. Es scheint zu altern wie biologische Organismen.

Organizismus und Entwicklungsidee sind in ihrer heutigen Form vor allem ein Erbe der Romantik und erhielten durch den Historismus und den Darwinismus im 19. Jahrhundert großen Auftrieb. Aber diese Denkmuster reichen erheblich weiter zurück. Sie sind als Erklärungsprinzipien Bestandteil einer *vorwissenschaftlichen* Weltauffassung im Mythos, die schon im Frühlicht der Geschichte in den archaischen Hochkulturen des Vorderen Orients und Chinas erkennbar ist und wahrscheinlich weit in die Vorgeschichte zurückgeht. Topitsch hat das wiederholt analysiert und dargelegt⁵⁴⁾.

Das wesentliche Kennzeichen mythischen Denkens besteht darin, daß der Mensch ihm Fremdes, Neuartiges, Fernliegendes, Rätselhaftes und Geheimnisvolles dadurch zu „erklären“ sucht, daß er es in Analogie zum Alltäglichen, Bekannten und Vertrauten auffaßt. Worte wie Weltenmantel, Himmels- und Sternenzelt weisen noch darauf hin. Der unmittelbare Lebens- und Erfahrungskreis dient so als *Modell* für die gesamte Weltauffassung und -erklärung.

Topitsch unterscheidet Modelle, die auf bio-, sozio- oder technomorphen Analogien basieren. Biomorphistisch ist z. B. die Übertragung der grundlegenden Lebensvorgänge von Zeugung und Geburt, Wachstum und Reife, Altern und Vergehen auf Sachverhalte, die durch abstrakte Begriffe gekennzeichnet werden. Sie werden damit unvermerkt verdinglicht oder personalisiert. Trotz des Fortschritts der Wissenschaftstheorie finden solche Erklärungsmodelle auch heute noch Zuspruch.

Friedrich Meinecke hat die organizistische Behandlung von sozialen „Ganzheiten“, wie z. B.

⁵⁴⁾ Vgl. Ernst Topitsch, Vom Ursprung und Ende der Metaphysik, Wien 1958, S. 5 ff.; ders., Mythos — Philosophie — Politik. Zur Naturgeschichte der Illusion, a. a. O., passim.

Völkern, Staaten, Kulturen und Zivilisationen als *Lebensaltertheorie* bezeichnet. Die Marxisten befinden sich bei ihrer Verwendung in bester Gesellschaft. Oswald Spengler hat sie für sein System einmal folgendermaßen formuliert:

„Jede Kultur durchläuft die Altersstufen des einzelnen Menschen. Jede hat ihre Kindheit ihre Jugend, ihre Männlichkeit und ihr Greisentum.“⁵⁵⁾

Die deutschen Marxisten Georg Klaus und Hans Schulze drücken das in einem neueren Werk so aus:

„Geschichte ist Bewegung von Gesellschaftsordnungen — ihre Entwicklung, ihr Aufstieg und Untergang. Von dieser These, die eine der bedeutendsten Entdeckungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus beschreibt, gehen wir aus.“⁵⁶⁾

Die Zitate wären nahezu beliebig vermehrbar. Kommt der Lebensaltertheorie als biomorphem Erklärungsmodell im Falle des sogenannten Spät-Kapitalismus, abgesehen von der Signalfunktion und Aufforderung, das sinkende Schiff zu verlassen, sonst noch eine Bedeutung zu? Das ist in wissenschaftlicher Hinsicht kaum der Fall.

Erklärungen mit Hilfe von Gleichnissen, Analogien und Metaphern sind ein Rückfall in vorwissenschaftliche Methoden. Gegenüber den abstrakten Theorien der modernen Wissenschaft haben sie wegen ihrer scheinbar unmittelbar einsichtigen Wahrheit, die eine kritische Prüfung überflüssig zu machen scheint, leichteren Zugang zum Denken der Menschen. Deshalb hält man auch wohl so zäh an ihnen fest.

Die Pseudo-Erklärung mit der organizistischen Metapher eines biologischen Lebenszyklus verwechselt den dabei auftretenden psychologischen Effekt des „Verstehens“ mit dem Vorgang der wissenschaftlichen Erklärung⁵⁷⁾. In der modernen Wissenschaftstheorie werden solche *naiv-animistischen Vorstellungen* natürlich nicht mehr toleriert. Erklärungen, die in ihrem Sinne korrekt sein sollen, müssen ein unabhängig überprüfbares allgemeines Gesetz enthalten.

⁵⁵⁾ Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, Bd. I, 48.—52. Aufl., München 1923, S. 29.

⁵⁶⁾ Georg Klaus/Hans Schulze, Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967, S. 64.

⁵⁷⁾ Vgl. auch Wolfgang Stegmüller, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. I, Berlin-Heidelberg-New York 1969, S. 131 f.